

Vorwärts

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1901 unter Nr. 7671.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Beiträge
 und Veranlassungen-Anzeigen 20 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Freitag, den 6. September 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Noch ein Zuckerring.

Es wird uns geschrieben:

Der „Vorwärts“ hat kürzlich den skandalösen Wucher des Zuckers behandelt und darauf hingewiesen, daß wie in Deutschland nahezu das Dreifache für Zucker bezahlet, im Vergleich zum englischen Konsumenten, ja daß den neuen englischen Zuckergoll der deutsche Arbeiter, nicht der englische, bezahlt.

Es wäre ohnehin notwendig, auf diese Verhältnisse immer wieder zurückzukommen, weil kein andres Gebiet des Wirtschaftslebens so genau den Kurs des neuen Zolltarifs illustriert, der bekanntlich darauf hinausläuft, dem Inlandmarkt unverkäufte Preise abzunehmen, um dem Auslande billig zu liefern und die ausländische Konkurrenz zu schlagen.

Es wurde vor 14 Tagen angekündigt, daß die Differenz zwischen Auslandspreis und Inlandspreis für deutschen Zucker den vollen Unterschied zwischen der Inlandssteuer und Zoll (20 - 10 = 10 Pfennig auf 5 Pfund) erreichen werde. Inzwischen hat der Ring seine Politik dem auch fortgesetzt und den Auslandszucker auf den bisher nie dagewesenen Preis von 8,10 M. für den Centner 88 Proz. Rohzucker geworfen. Dazu sind etwa 2 1/2 M. für Raffinerie etc. zu rechnen; ferner 10 M. Inlandssteuer, so daß also der inländische Melis mit Steuer 20,60 M. kosten müßte. In Wahrheit aber nimmt der Ring dem deutschen Verbraucher 28,95 M. ab, also schöpft uns bei jedem Centner um 8,35 M.; während wir also vor 14 Tagen berechneten, daß wir bei jedem Pfund Zuckerverbrauch 10 Pf. an den Fiskus, 7 1/2 an den Zuckerring bezahlet, ist der letztere Satz jetzt auf über 8 Pf. gestiegen und wird noch weiter steigen.

Die Politik des Zuckerrings ist aber auch für den Händler verderblich geworden. Früher verdiente der Großhandel am Centner Zucker 1 - 1 1/4 M. Für den Kleinhandel war Zucker immer ein schlechter Artikel. Heute aber ist es dahin gekommen, daß Kleinhandlender am Zucker sogar zusehen, um Rundschaft für andre Waren anzuladen. Der Verdienst der Großhändler ist auf 25 Pf. pro Centner, ja bis auf 10 Pf. gesunken. Es ist begreiflich, daß dieser Profit nicht reicht; die Berliner Zucker-Großhändler haben deshalb die Initiative ergriffen, um auch den Zucker-Großhandel zu einer Preisconvention zu vereinigen und so den früheren normalen Gewinn von 1/4 - 1 1/4 Pf. auf ein Pfund wieder herzustellen.

Wenn man den Großhändler dies Vorgehen nicht verargen kann, so wird doch für den Konsumenten eine neue Belastung dabei herauskommen, — allerdings wird es dem Ring der Raffineure schwer werden, den vollen Unterschied zwischen Zoll und Inlandssteuer (10 Pf.) einzunehmen, wenn auch die Großhändler einen Pfennig abhaben wollen.

Wie dem auch sei, — jedenfalls lenkt der Händlerring die Aufmerksamkeit aufs neue auf die empörende Brandstiftung des deutschen Volkes durch den Zuckerring, eine Brandstiftung, die so thöricht ist, daß sie ihren Urheber selbst verderblich werden muß. Denn trotz aller Anstrengungen nimmt die Nachfrage ab, und der inländische Verbrauch muß naturgemäß unter der schlechteren Wirtschaftslage und dem Wucher leiden. Deshalb hat die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ schon vor Monaten vorgeschlagen, den Inlandsverbrauch zu begünstigen; aber natürlich darf das nach Ansicht des Blattes, das gelegentlich gegen den Kohlenwucher eifert, aber den Zuckerverwucher und den Wucher des neuen Zolltarifs für ein Evangelium hält, auf keinen Fall geschehen durch eine Herabsetzung des Zolles, die sofort ein Nachlassen der Inlandspreise herbeiführen würde, sondern durch eine Verringerung der Inlandssteuer. Ohne eine entsprechende Zollverminderung würde aber jede Verringerung der Inlandssteuer dem Zuckerring nur einen neuen Spielraum schaffen, seine Brandstiftung des Inlandsverbrauchs zu steigern. Was der Staat ausgabe, würde die Erpressung des Zuckerrings sofort für sich in Anspruch nehmen. Dabei sollen, wie die „Tageszeitung“ dreist und gottesfürchtig verlangt, die Ausfuhrprämien dieselben bleiben; wir würden also bald so weit sein, wie Oesterreich in den siebziger Jahren; — die Ausfuhrprämien würden durch Steuer und Zoll nicht mehr gedeckt werden. Eben jetzt muß die rumänische Regierung mit ihren Zuckerfabrikanten verhandeln, weil die Finanzen des Staates unter den auch dort eingeführten Ausfuhrprämien leiden. Studzka, der neue rumänische Minister, scheint der Mann zu sein, die total gefährlichen rumänischen Finanzen aus dem Dreck zu führen, das sieht man auch an diesem Fall. Er will lieber die künstlich geschützte rumänische Zucker-Industrie fallen lassen, als die Staatskasse dem Bankrott preisgeben.

In Deutschland sehen wir die Regierungen am Werk, die unverschämtesten Forderungen von Syndikaten, agrarischen und industriellen Fabrikanten, die Volks- und Staatswirtschaft preiszugeben, wie man in Feindesland eine erkürnte Stadt der Plünderung überläßt.

Es verdient in Erwägung gezogen zu werden, ob die Arbeiter den Erpressungen des Zuckerrings nicht dadurch begegnen sollten, daß sie vorübergehend den Zuckerverbrauch durch Verwendung von Saccharin einschränken. Allerdings bedeutet das eine Entbehrung, denn Saccharin ist nur Genussmittel, während Zucker ein äußerst wichtiges Nahrungsmittel ist. Aber der Syndikalwucher zwingt ohnehin den Verbrauch dieses Nahrungsmittels zum Rückgang; eine vorübergehende Verwendung von Saccharin, das bekanntlich viel billiger ist als Zucker, würde dem Arbeiter, dem Volke überhaupt den Zucker zuzukübeln und die gelüfteten Pfannen der Ringpolitik zerstoren.

Auf alle Fälle fordert der Zuckerverwucher außerordentliche Maßnahmen von der Seite der Arbeiter und ihrer politischen Vertretung heraus. Sicher wird der Reichstag sich mit diesen Dingen im

Winter beschäftigen, und wir wollen einmal sehen, ob die Unverschämtheit so weit geht, daß sich eine Mehrheit für den Zuckergoll von 20 M. für den Centner findet. Die Taktik der Gegner des Zolltarifs wird kaum irgend eine andere Position des Tarifs mit so scharfen Waffen angreifen können, wie die des Zuckergolls. Hier liegen die Folgen der wucherischen Verbindung vom Zoll und Kartell so offen am Tage, wie irgendwo sonst. Hier sind die Agrarier Exporteure und als solche verwundbar. Die ausländischen Regierungen werden sich das merken und in allen Zollkriegen die agrarischen Exportprodukte mit doppelter Eile messen: deutscher Spirit und Zucker werden auf dem Weltmarkt einen harten Stand haben.

Wir empfehlen diese Dinge der besonderen Aufmerksamkeit unserer Genossen und aller Volkswirte, die im Kampf gegen das Attentat des Zolltarifs stehen. Hier ist die Stelle, wo er am sterblichsten ist, noch verwundbarer, als im Paragraphen des Getreide-Minimaltarifs. Noch verwundbarer deshalb, weil hier die wahnsinnige Stelgenwirtschaft dieser Art Zollpolitik am aller deutlichsten zu Tage tritt und in der Preisbewegung des Zuckermarktes mit schon fühlbaren Lasten die Volkswirtschaft brandstiftet.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. September.

Ein Geschäftchen.

Das Centrum ist für den Zollwucher. Aber es entspricht seinem Wesen, diesen Beweis seiner konservativ-staatserhaltenden Befähigung zu einem Schacherhandel nebensbei zu nutzen. Es versucht, wie es scheint, die Frage der Diäten für die Mitglieder des Reichstags mit dem Wuchertarif zusammenzufassen. Die „Deutsche Tageszeitung“ bringt eine recht amüsante Mitteilung über diesen kleinen Nebenhandel, der den großen Zollhandel begleitet soll:

„Der Bundesrat nimmt in diesen Tagen seine Arbeiten wieder auf. Einer seiner Ausschüsse hatte bereits getagt. Es ist zu erwarten, daß er sich binnen kurzem auch mit dem vom Reichstag angenommenen Antrage beschäftigen werde, der den Abgeordneten Tagelöhner gewährt. Wie uns versichert wird, ist keine Aussicht vorhanden, daß der Antrag in dieser Form die Zustimmung des Bundesrats finden werde. Es soll aber, wie man uns von gut unterrichteter Seite mitteilt, nicht unwahrscheinlich sein, daß der Bundesrat aus dem Antrag einen Gesetzesentwurf mache, der unter gewissen Beschränkungen den Reichstagsabgeordneten die gewünschten Tagelöhner zugestelt. In manchen Regierungskreisen soll neuerdings ein gewisser Umschwung der Meinungen sich vollzogen haben, und zwar unter dem Eindruck der Verschönerung einiger Centrumsabgeordneten, daß es ihnen unmöglich sein werde, ihre Parteigänger bei der Beratung der Zolltarif-Gesetze vollzählig beisammen zu halten, wenn nicht Tagelöhner gewährt würden. Die süddeutschen Regierungen scheinen keine durchschlagenden, mindestens keine grundsätzlichen Bedenken gegen die Gewährung zu haben. In Sachsen ist man nach wie vor dagegen, und in Preußen dürften die Aufschauungen noch geteilt sein.“

Wieder ist die Diätenforderung nicht nur an dem Widerwillen einiger Regierungen, sondern am Widerstand des Kaisers gescheitert. Da erscheint es sehr zweifelhaft, ob gerade die Durchführung des Wuchertarifs Gelegenheit bieten kann, den Kaiser zu einer andern Auffassung zu belehren. Vorläufig ist daher an den Erfolg des nicht übel berechneten Centrumsversuches nicht zu glauben. Die „Deutsche Tageszeitung“ spricht sich auch über das, was sie von den Absichten des Bundesrats erfahren haben will, sehr verlaufener aus und die Ankündigung von Diäten „mit gewissen Beschränkungen“ macht die Sache vollends unklar.

Inmerhin ist es für das Centrum charakteristisch, daß es seinen schmachtvollen Verrat in der das Volkswohl aufs tiefste verletzenden Zollfrage durch das Einhandeln von Diäten zu verzieren gedenkt. Für die Zollopposition wird die Kampfführung im Reichstag natürlich dieselbe bleiben — ob ohne, ob mit Diäten.

Die Entführungsceremonie

ist, wie die heutigen Prekürwürdungen zeigen, nirgends mit besonderer Gemüthung aufgenommen worden. Man freut sich lediglich, daß die peinliche Affaire endlich hinter uns liegt. Jemand eine politische Bedeutung mißt selbst die „Kreuz-Zeitung“ dem mit so absonderlichem Ceremoniell vollzogenen, aber darum nicht gerade imponirenderen Entführungskult nicht bei. Sie meint: „die unmittelbare praktische Bedeutung solcher Kundgebungen ist, wie wir schon dargelegt haben, angesichts der eigenartigen chinesischen Verhältnisse nicht zu überschätzen.“ Eine Mahnung, die, gerade weil sie ganz überflüssig ist, die Kaiserjammereinstimmung um so deutlicher verrät. Auch die „Staatsbürger-Zeitung“ erklärt, dem „Vorgange“, als einer „reinen Formalität“, „keine große Bedeutung beimessen zu können. Diese allgemeine Erkenntnis, daß der Sühnengang eine so belanglose Formalität darstellt, kommt leider zu spät, um den schweren Schaden, den die deutsche Reputation durch den tragikomischen Sühnengang wieder einmal im In- und Ausland erlitten hat, ungeschehen zu machen.“

Ebenso einmütig, wie in dieser wegworfenden Bewertung des Sühnganges überhaupt, ist die Presse in der Konstatierung der Thatsache, daß der Baseler Konflikt infolge mit einer eleganten Niederlage der deutschen Diplomatie geendet hat, als — ganz abgesehen von dem ursprünglich in der Verurteilung verhängenen Notan — die Ansprache des Prinzen Tschu die verlangte Bitte um Verzeihung vollständig vermissen ließ. So bemerkt die „Voss. Ztg.“:

„Die Ansprache des Prinzen bleibt an Demut hinter dem Briefe seines kaiserlichen Bruders zurück. Es scheint mithin, als ob alle nachträglich geforderten Venderungen

und Verschärfungen der Empfangsformlichkeiten wieder aufgegeben worden sind.“

Und die „Rational-Zeitung“ schreibt:
 „Der Baseler Zwischenfall hat sich nur auf das von dem Prinzen Tschu persönlich zu beobachtende Verhalten bezogen. Wenn, wie zuverlässig berichtet worden, in dieser Hinsicht eine Abänderung der seitens des Prinzen zu haltenden Rede von Berlin aus verlangt und bewirkt worden, so muß man Angesichts des jetzt vorliegenden Textes derselben sagen, daß man dem Prinzen chinesischerseits keine Aufgabe in der That allzu sehr hatte erleichtern wollen: im Hinblick auf dem Wortlaut des von ihm übergebenen Schreibens des Kaisers von China mag es genügen, daß der Prinz persönlich wiederholt das „aufrichtige Bedauern“ seines Kaisers ausgesprochen; aber wennigstens konnte in der That kaum geschehen.“

Der Rückzug der deutschen Regierung im Baseler Konflikt läßt sich also beim besten Willen nicht in einen Erfolg umfassen. Wie schwer diese vollständige Niederlage empfunden wird, beweisen die fortgesetzten Demonstrationen wachsender Abgünstigkeit. Die „Rheinisch-Westf. Ztg.“ schreibt:

„Daß man auf deutscher Seite schließlich davon Abstand genommen hat, den vielerörterten „Notan“ zum Ausgang einer neuen Haupt- und Staatsaktion zu machen, wird wohl überall als richtig angesehen werden. Wohl aber ist es scharf zu tadeln, daß man erst offen vor der Welt viel mehr gefordert hat, als zu erreichen war. Es wäre noch richtiger und klüger gewesen, diese ganze „Notan“-Forderung überhaupt niemals zu erheben.“

Schmerzlicher noch empfindet die „Münchener Allg. Zeitung“ die Notan-Blamage:

„Zur Förderung unseres Ansehens im fernem Osten kann dieser Notan-Zwischenfall, bei dem wir den kürzeren gezogen und dem in Peking rechtzeitig gesprochenen Nein uns gefügt haben, gewiß nicht beitragen; er wird von den chinesischen Staatsmännern im Gegenteil dazu benützt werden, um die wohlerrungene Entschlossenheit Chinas gegenüber den unberechtigten Ansprüchen Deutschlands in das hellste Licht zu setzen.“

Die „Times“ lassen sich übrigens von ihrem Peking Korrespondenten melden, die Chinesen frohlockten über die Zurücknahme der vermeintlichen (?) Forderung der deutschen Regierung, daß Prinz Tschu vor dem Kaiser den Notan vollziehen solle, und bemerken, dies könne das Ansehen der Mächte in China nicht fördern und werde nur das Prestige des Prinzen Tschu in dem ganzen Streitfall erhöhen. Die russische Seelandwirtschaft sehe in täglichem Verkehr mit Li-Hung-Tschang, der von ihr den Rat erhalten habe, standhaft zu bleiben, da der Zar sich bei dem Kaiser ins Mittel legen werde, um China eine Herabwürdigung zu ersparen.

Hiernach schreiben die Chinesen den erfolgreichen Ausgang des Protestes des Prinzen Tschu dem rechtzeitigen Widerstand Anshands zu.

Das wäre reizend, wenn wirklich Väterchen, das in wenigen Tagen mit dem deutschen Kaiser den Wechsellager tauschen wird, Deutschland zu seiner Blamage verholzen hätte!

Ueber die originelle Entführungsceremonie wird noch folgende Pikanterie gemeldet: Vor dem Neuen Palais hatte die 2. Compagnie des Lehrbataillons unter Kommando Aufstellung genommen. Als der Prinz vorfuhr, erwies die Compagnie keinerlei Ehre, sondern stand vielmehr unter „Müht Euch“, ohne den Prinzen zu beachten, ebensowenig grüßten die Offiziere. Erst als die Entföhrung, zu der übrigens nur zwei Minuten erforderlich gewesen sein sollten, vollendet war, empfang der von der Blutschuld symbolisch freigesprochene die gestern bereits erwähnten militärischen Ehren.

Prinz Tschu muß den Eindruck empfangen haben, daß es Deutschland an eigenartigen Ceremonien mit dem Reich der Mitte kühnlich aufnehmen kann.

So sehr sich indes auch deutsche Jopsträger dieses Vorzuges freuen mögen, die Notan-Blamage verdirbt wiederum ihren Herzensjubiläum. So urteilt die altentische „Deutsche Ztg.“

„So hat sich der Vorgang selbst schließlich in den der Sache entsprechenden Formen vollzogen. Aber es erscheint uns fraglich, ob dadurch wieder gut zu machen ist, was die vorausgegangenen Verhandlungen an unserem Ansehen bei den Chinesen wie bei dem zusehenden Europa verborben haben.“

Deutsches Reich.

Gumbinnen.

Aus Gumbinnen wird heute berichtet:
 Unter Bedeckung von sechs Mann ist gestern der zum Tode verurteilte Marten zur allgemeinen Ueberführung in das Militärgerichtsgesängnis nach Danzig gebracht worden. Der Verurteilte hatte die Hände auf der Brust geschlossen und weinte bitterlich. Zur speciellen Bewachung wurden 1 Feldwebel und zwei Unteroffiziere kommandiert. Angesichts dieser Maßnahme herrscht hier das Gerücht, daß der Revisionsantrag in Sachen Marten vom Revisionsgericht in Berlin abgelehnt worden sei, so daß die verhängte Todesstrafe zu Recht bestehen bleiben würde. Sergeant Hiel befindet sich noch immer auf freiem Fuße. Es verlautet indessen auf das bestimmteste, daß eine Wiedererfassung des Hiel erfolgen wird, sobald das Revisionsgericht dem Revisionsantrage stattgegeben und die Angelegenheit Hiel zur nochmaligen Verhandlung verwiesen haben wird.

Das Gerücht von der bereits verworfenen Revision ist sichtlich unbegründet. Bis jetzt ist nach den bisherigen Meldungen noch nicht einmal das Urteil dem Verurteilten und seinem Anwalt zugestellt worden. Der Termin der Verhandlung vor dem Reichs-Militärgericht dürfte also gleichfalls noch nicht angelegt sein.

Nicht verständlich ist allerdings die Ueberführung des Verurteilten nach Danzig. Für den Fall einer neuen Verhandlung vor dem Oberkriegsgericht — und dies erscheint unabweislich — müßte ein Auktionsverfahren vorgenommen werden. Kommt der Gerichtsherr nicht erst den Ausgang der Revision erwarten?

Das Wolffsche Depeschen-Bureau begleitet seine Meldung der Ueberführung von Marten mit dem Bemerkten, er solle in Danzig zunächst seine einjährige Gefängnisstrafe wegen Fahnenflucht verbüßen. Dies ist wiederum eine höchst seltsame Meldung, wie ja alles in diesem Militärprozeß höchst seltsam ist. Marten hat seine einjährige Strafe bereits mit dem Tode zu verbüßen begonnen, als das Urteil erster Instanz wegen Fahnenflucht ergangen war; denn Berufung gegen dies Urteil war nicht eingelegt worden. Oder will die Militärbehörde annehmen, Marten habe sich bisher noch immer nur in Untersuchungshaft befunden? Eine solche Auffassung wäre völlig haltlos.

China-Raub.

Noch immer ist von amtlicher Seite kein Aufschluß über die in Bremen haben lagernden wertvollen astronomischen Instrumente gegeben worden, die aus China mitgebracht worden sind. Ist denn diese Sache der Herren Offizieren so peinlich, daß sie kein Wort dazu finden können? Will man geduldig das Gerücht durch die deutsche Bevölkerung gehen lassen, Deutschland habe völkerrechtswidrig chinesisches Eigentum gekohlen? Will man nicht endlich den Versuch eines Dementis unternehmen? Oder das fremde Gut schleunigst zurückschicken?

In Amerika dagegen verfährt man vorbildlich mit unredlich erworbenem China-Gut. Aus New York wird der „Frankf. Ztg.“ gefabelt:

Der amerikanische Legationssekretär in Peking, Squiers, trat die Heimreise mit einer Riesensumme großer Kunstschätze an, die der Sammlung des früheren chinesischen Gesandten in Berlin, Hen, entnommen. Die Sammlung hatte der französische Bischof Xavier geplündert und Squiers sie billig erstanden, in der Absicht, sie teilweise dem hiesigen Kunstmuseum zu schenken. Die Direktoren des Museums sind jedoch entschieden gegen die Annahme dieser Geschenke, weil sie geraubt sind.

Sühnemission und Zollwucher.

Die drohenden Repressalien des Auslandes gegen den deutschen Zollwucher kümmern, wie bekannt, unsere Konservativen ganz und gar nicht. Es ist, sagen sie, nur Angstschweiß, wenn die Zoll-erhöhung-Begier die zu erwartenden Folgen aufweisen. All die befürchteten Lebel würden nicht eintreten, denn das Ausland sei ebenso auf die Ausfuhr nach Deutschland angewiesen und müsse daher die deutsche Sperrtrug-Politik ertragen. Also nur stets lächelig auftrumpfen! So werden wir dem bisherigen Ausland imponieren!

Im trügigen Auftrumpfen sieht die „Kreuz-Zeitung“ aber nicht nur für den Zollwucher, sondern für alle Fälle die höchste politische Weisheit. Und so mußte diese Regel auch für die Sühnemission aus China gelten. Noch gestern, wenige Stunden vor der Erledigung der Sühnemission, sagte die „Kreuz-Zeitung“: „Es ist oft genug darüber geflagt worden, in China sei nicht genügend „asiatisch“ mit den Chinesen verfahren worden. Der ganze Verlauf der Aktion würde vielmehr sehr leicht den Glauben an die Befähigung der Fremden im Volk erwecken lassen, was nur eine Wiederholung der geschehenen Untthaten, und zwar im verstärkten Maße zur Folge haben würde. Das bleibe vorläufig dahingestellt. Jedenfalls ist es aber gut, daß an den einmal gestellten und wohlverwagten Empfangsbedingungen, über deren Charakter eine offizielle Mitteilung überhaupt noch nicht vorgelegen hat, nichts Wesentliches geändert wird. Haben sie in der That den Baseler Aufenthalt des Prinzen Tsium bewirkt, der erst durch den Pekinger Nachspruch sein Ende erreichte, so hat man es mit asiatischen Winkelzügen zu thun, die desto schneller eine Nachahmung finden würden, je leichter ihnen auch der kleinste Erfolg zu teil geworden wäre. Wenn jetzt schon ängstliche Gemüter anfangen, die da meinen, die vielleicht doch zu hart gestellten Bedingungen könnten nachteilig die späteren Handelsbeziehungen zu China wirken, so sind das ganz überflüssige Bedenken. China zieht aus dem europäischen Handel die gleichen Vorteile wie umgekehrt. Das allein wird für die Zukunft maßgebend sein.“

Dies lehrt die konservative Politik: China zieht aus dem europäischen Handel die gleichen Vorteile wie umgekehrt. Ausland ist auf die Ausfuhr nach Deutschland mindestens im gleichen Maße angewiesen wie umgekehrt. Also nur nicht ängstlich sein! Nur nicht den kleinsten Erfolg den Ausländern zu teil werden lassen! Die Sühnemission muß die harten Bedingungen erfüllen und Ausland muß sich dem deutschen Zollwucher fügen.

Doch noch nicht war den Helden der „Kreuz-Zeitung“ die Feder getrocknet, da hatte die deutsche Regierung ihre Sühneforderungen tief ermäßigt, hatte den Rotau fallen lassen, hatte die Bitte um Verzögerung in ein mildes Bedauern umzuwandeln müssen. Die Politik des herrischen Forderens war zersplittert an der Zähigkeit des chinesischen Widerstandes.

Und wird es nicht genau so mit dem Zollwucher kommen müssen? Werden hier nicht gleichfalls Forderungen erhoben, die das Ausland nicht erfüllen kann und nicht erfüllen wird? Wird die konservative Truppenspolitik hier nicht eines Tages ebenso blamiert sein?

Doch die Sühnepostle schüttet nur die Heiterkeit aller Welt über die deutsche Regierung. Das Trauerspiel des Zollwuchers aber schlägt dem deutschen Volke tausend schwere Wunden, bis Umkehr und Einkehr erzwungen wird.

Der gerammte Kreuzer. Die deutschen Flottenmanöver, die gegenwärtig in der Ostsee stattfinden, haben das unabweislich ernsthafteste Schauspiel eines Seekrieges geboten, indem bei einem Durchbruchmanöver am Mittwochvormittag der kleine Kreuzer „Wacht“ unweit Arkona von dem Panzer „Sachsen“ detart mitschiffs gerammt wurde, daß er binnen einer halben Stunde sank und nunmehr in einer Wassertiefe von 40 Metern liegt, aus der er schwerlich wieder gehoben werden wird. Als Ursache des Zusammenstoßes wird das Versagen des Steuer des gesunkenen Fahrzeuges angegeben. Ein Glück war noch, daß der gerammte Kreuzer sich noch 30 Minuten über Wasser zu halten vermochte, so daß es der aus 145 Köpfen bestehenden Mannschiff möglich war, sich zu retten. Wäre der Zusammenstoß ein wenig heftiger erfolgt, so würden wir eine neue Marinestrasfodie zu beklagen haben. Aufzuklären wird noch sein, warum das Steuer im kritischen Moment, als es zwischen den Panzern „Sachsen“ und „Württemberg“ durchzubrechen galt, versagte. Oder sollte man die Abstände zu gering bemessen haben?

Der kleine Kreuzer „Wacht“, ein Schiff von 1250 Tons Wasserdrängung, wurde 1889 vollendet, und hatte 4000 Pferdekraft. Die marine-technische Besetzung des Schiffes, das bereits das horrende Alter von 13 Jahren erreicht hatte, für keinen allzu großen. Freilich werde man bald eine Ersatzforderung für das verlorene Schiff in den Etat einstellen müssen. Der Verlust beziffert sich also nur auf 50 und so viele Millionen!

Kolon-Freistum. Der Khatli-Übergegnaptheit ist abwechselnd halber wieder einmal das „Berliner Tageblatt“ verfallen. Was es in seiner vorgestrigen Notiz über den „ganzen chinesischen Kummel“ antichristlich gesehndigt, macht es heute in einem deliranten Anfall von Khatliker wieder doppelt und dreifach wett:

„All die kleinen hässlichen Anfälle unserer guten ausländigen „Freunde“ müssen jede Tragweite verlieren, sobald man in Paris, London und Petersburg volle Kenntnis von den geistigen Vorgängen in Peking erhalten haben wird. Die Demütigung, zu der sich der Stolz Chinas und gegenüber verlor, ist so vollständig wie nur irgend denkbar. Was dabei in den Herzen der unergreiflichen Ostasiaten vorgegangen sein mag, welche inneren Vorbehalte die Kinder des Reichs der Mitte bei diesem Vorgehen formuliert haben mögen, darüber steht uns ein Urteil nicht zu. Das haben die Vertreter des Kaisers von China mit sich selbst abzumachen. Für uns Deutsche enthält die fast einzig in der Geschichte dastehende Thatsache einer solchen Sühnemission, die in den ersten Worten Kaiser Wilhelms gewissermaßen ihre urkundliche Besiegelung fand, eine Bemerkung, die man nicht unterschätzen darf, selbst wenn man der Ansicht ist, daß die chinesische Diplomatie beim Baseler Intermezzo sich der unigen im Kleinkriegs überlegen erwiesen hat.“

Krieg im Frieden. Ueber Skandalöse Vorgänge, die sich gelegentlich der Rimes in Bahn abgelehrt haben, berichtet, wie wir der „Frankfurter Zeitung“ entnehmen, der „Kölnener Volksfreund“. Danach verlangten Soldaten mehrerer Artillerie-Regimenter von Bahner Schützplaz in einem Tanzlokal nach 8 Uhr abends nach Bier, als Wein verabreicht werden sollte. Der Wirt weigerte sich, Bier zu verabfolgen. Es kam zu Streitigkeiten, worauf alles eiligst in die Saal verließ. Die Soldaten sammelten sich auf der Straße an und eröffneten unter Anführung eines Unteroffiziers einen Sturm auf die Wirtschaft, die in wenigen Minuten durch Ziegel- und Pflastersteine von innen und außen demoliert war. Hierauf ergriff der Sohn des Wirtes eine Flinte und schoß in den Haufen, wobei ein Soldat getötet und zwei schwer verwundet wurden. Vier Zivilisten wurden durch Steinwürfe und Säbelhiebe verletzt. Unter Mitnahme des Toten und der beiden Verwundeten zogen die Soldaten hierauf ab. Der Sohn des Wirtes stellte sich alsbald dem Gericht.

Revision des Börsengesetzes. Nach einer Mitteilung der amtlichen Berliner Korrespondenz empfand der Handelsminister das Bedürfnis, die von dem Vorkonsums in der Sitzung vom Juni d. J. zur Frage einer Revision des Börsengesetzes gestellten Beschlüsse mit preussischen Sachverständigen persönlich zu besprechen, bevor er in der Sache Stellung nimmt. Er hat daher einige hervorragende Kenner des Börsenwesens und Börsenrechts auf den 18. d. M. zu einer Besprechung eingeladen, die hoffentlich die ebenso schwierige als dringliche Angelegenheit weiter klären wird. Es handelt sich in erster Linie um Änderung der seitens der Kaufmannschaft lebhaft bekämpften Bestimmungen über das Börsenregister. Ob auch der Terminhandel in Frage steht, ist nicht sicher bekannt.

Nachmal die Verhörführung. Zu den Mitteilungen der „Z. N.“ erklärt jetzt die „K. A. d. W. A. Z.“: „Am 21. Juli erhielt der Reichskanzler von einem ihm persönlich unbekanntem Hamburger Herrn die Mitteilung, daß einer Londoner Zeitung eine (angebliche) Abschrift der Tarifvorlage zum Kauf angeboten worden sei. Noch ehe seinerseits zu dieser Eröffnung Stellung genommen werden konnte, traf am 25. Juli aus Hamburg die Meldung ein, daß der Herausgeber der „Finanz-Chronik“ die fragliche Abschrift der Tarifvorlage bereits erworben habe. Von dem Herrn Reichskanzler hat der betreffende Hamburger Herr in dieser Sache keine Mitteilung erhalten, als einen Ausdruck des Dankes für seine Anzeige der Veruntreuung von amtlichem Material zum Zolltarif, mit dem Hinzufügen, daß die Veröffentlichung jedenfalls unerwünscht sei.“

Recht die Kohlennot wieder?

Allerlei Andeutungen der Blätter aus dem westfälischen und sächsischen Kohlenbezirk deuten darauf hin, daß die Kohlenbarone beabsichtigen, einen Teil des durch den schlechten Geschäftsgang dieses Jahres erlittenen Verlust durch die Verteuerung des Hausbrandmaterials in diesem Winter wieder einzubringen. Bereits hat das rheinisch-westfälische Kohlenyndikat jetzt, da die Nachfrage nach Hausbrandkohle für den Winter beginnt, die Preise für diese Kohle etwas angezogen. Vorläufig ist die Steigerung nicht groß, so daß die Besizenden, welche um die jetzige Zeit ihren Bedarf an Winterkohle zu decken pflegen, sie kaum zu spüren bekommen. Bis zum Winter aber, da das großstädtische Proletariat in kleineren Mengen seinen Bedarf einkauft und die Hauskohle stark gefragt wird, steigt dann der Kohlenpreis wieder zu der unerschwinglichen Höhe. Durch das alte Mittel der Winderförderung scheinen die Kohlenkapitalisten auch in diesem Winter wieder Bucherprofite machen zu wollen.

Es scheint aber nicht bloß auf das Hausbrandmaterial, sondern auch auf die Preistreibe der Industriekohle abgesehen zu sein. Die Industrie hofft ja jetzt, nachdem das Schmelzfeuer vorüber zu sein scheint, auf eine Wiederkehr guten Geschäftsganges. Flugs sind die rheinisch-westfälischen Oberpatronen dabei, der deutschen Industrie durch den Preiswucher am Rohmaterial die Erholung von den Schlägen des Niederganges so schwer wie möglich zu machen. Für sie heißt es verdienen, die verlorenen Profite durch gesteigerten Wucher wieder einzuholen, Rücksichten auf den heimischen Markt bestehen für sie nicht.

Die durch den schlechten Geschäftsgang freigeordneten Kohlenmengen, die in den Rhein- und Ruhrthälern sowie auf den Halben der Jochen lagern, schieuen anfangs für diesen Winter billige Kohlenpreise zu garantieren. Aber die Syndikatswucherer haben dafür gesorgt, daß sie bei ihrer Ausplünderung der Industrie und des Proletariats nicht durch große Kohlenvorräte behindert werden und haben diese allmählich, wenn auch mit Verlusten, ins Ausland gebracht. Die Ein- und Ausfuhr von Kohlen zeigte seit Beginn des Jahres bis Ende Juli im Vergleich zum Vorjahre die folgenden Differenzen:

	Einfuhr in Tonnen		
	Juli 1901	Juli 1900	Jan. bis Juli 1901
Steinkohlen . . .	576 937	646 602	3 427 759
Braunkohlen . . .	731 104	877 105	4 690 162
Coals . . .	31 279	43 022	240 634
Preßkohlen . . .	5 901	8 695	58 657

	Ausfuhr in Tonnen		
	Juli 1901	Juli 1900	Jan. bis Juli 1901
Steinkohlen . . .	1 320 360	1 193 711	8 460 893
Braunkohlen . . .	2 152	3 187	12 688
Coals . . .	184 415	184 741	1 245 944
Preßkohlen . . .	34 454	30 547	294 783

Die Einfuhr von Kohlen ist gegen den Juli des Vorjahres ganz erheblich zurückgegangen, eben in Verfolg der Verkleinerung der Lage der Industrie. Dagegen haben die Kohlenbarone die Ausfuhr forciert, haben im Auslande mit Verlust verkauft um bei uns wieder künstliche Kohlennot zu erzeugen. Sie haben, wie das Kohlenyndikat die Produktion lieber um ein Drittel einschränkt, so lieber die Kohle an das Ausland halb verschickt, ehe sie im Inland Preisnachlässe bewilligten.

Die Nachrichten über die Marktlage lauten ja vorläufig noch sehr gedrückt. Auf den Fett- und Magerkohlen-Jochen im westfälischen Revier sind zahlreiche Feterlichkeiten eingelegt, dagegen sind Gas- und Gasflammkohlen-Jochen fast wider voll beschäftigt. Für das vierte Quartal will das Syndikat die Förderungseinschränkung etwas herabmindern. Aus dem ober-sächsischen Revier veranlet, daß die Gesamtverladungen im August sich bedeutend gehoben

hätten. Großer inländischer Bedarf unterläßt die Aussichten auf das Fortbestehen eines lebhaften Geschäftes im Winter.

So sind denn die Syndikatskapitalisten wieder oben auf und wie sehr sie, sobald die Nachfrage wieder mehr steigt, Herren des Marktes sind, zeigt die Thatsache, daß von 94 Millionen Tonnen in Preußen geförderter Kohle und von 54 Millionen Tonnen im Ruhrbezirk geförderter Kohle, 48 Millionen von dem Syndikat angeschlossenen Jochen gefördert wurden. Unter solchen Umständen laufen wir Gefahr — wenn nicht ein milder Winter uns schließt — in den kommenden Monaten von den Kohlenbaronen genau so bewuchert zu werden, wie im vorigen Jahre.

Ausland.

Dänemark.

Die Dank-Deputation und das Fest der Liberalen. An dem Tag, der sich am Sonntag durch die Straßen der Hauptstadt nach Schloß Amalienborg bewegte, beteiligten sich ca. 6000 Personen. In der Adresse, bei deren Verlesung 60 Delegierte im Schloß anwesend waren, wird dem König ein doppelter Dank ausgesprochen: erstens dafür, daß er es im entscheidenden Moment eingesehen habe, daß ein Systemwechsel notwendig war, und zweitens dafür, daß er Männer gewählt habe, auf die das Volle Vertrauen und Hoffnung ruhe. In der Antwort, die der König darauf verles, gab er das Versprechen, daß er das Ministerium wählen wolle und sprach des weiteren die Hoffnung aus, daß das Volk die Männer, denen es sein Vertrauen geschenkt habe, auch fernerhin bei der schwierigen Aufgabe als verantwortliche Leiter der Regierung stützen möge.

Nachmittags 4 Uhr begann das große Fest im Königsgarten, und darauf folgte das Festessen, an dem 2000 Personen teilnahmen. Hierbei hielt der Ministerpräsident Deunger eine längere Rede, worin er das Programm der Regierung entwickelte. Als das bedeutendste Resultat der politischen Geschichte Dänemarks in den letzten 50 Jahren bezeichnete er den Umstand, daß der Beweis dafür erbracht sei, daß das Volk reif sei für die Selbstverwaltung durch die Männer seiner Wahl. Aufgabe des Ministeriums müsse es sein, ein inniges und vertrauliches Verhältnis zum Volle und zu dessen Repräsentanten zu bewahren und die sociale und politische Entwicklung in vorwärtlicher und fortschrittlicher Richtung zu fördern. Besonders stellte der Ministerpräsident eine vorläufige Reform der Rechtspflege, mit voller Oeffentlichkeit und nicht beherrscht durch unnötigen Formalismus, in Aussicht. Mit den Fragen der Ordnung des Heerwesens und der Marine soll sich eine Kommission beschäftigen, auf deren Zusammenlegung der Reichstag einen wesentlichen Einfluß ausüben soll. Die wirtschaftliche Lage der Unteroftiziere und der übrigen Staatsangestellten solle verbessert werden. Des weiteren sei eine große Reform des Steuerwesens notwendig und in Verbindung hiermit eine solche Abklärung der „Rechten“, daß dadurch eine wirkliche Erleichterung für die Landwirtschaft geschaffen werde. Und wie wir in diesen und in anderen Punkten die in wirtschaftlichem Sinne Kleinen in der Gesellschaft stützen wollen, so hoffen wir auch, eine Erweiterung der politischen Rechte durch das allgemeine Wahlrecht durchzuführen zu können. — Laßt uns nicht zurückbleiben, sondern vorwärts“, schloß der Minister. „Vor uns liegt das große Arbeitsfeld und neue Männer und neue Kräfte sind bereit, um die Gedanken, die das Volk bewegen zu verwirklichen. Ein Hoch auf eine lichtere und glücklichere Zukunft des dänischen Volkes!“

„Politikens“ Redaktion hat am selben Tage den Minister darüber befragt, was er unter der Erweiterung der politischen Rechte verstanden wissen wolle, und dieser hat darauf geantwortet, er habe besonders an eine Erweiterung des kommunalen Wahlrechts und auch an die Beteiligung der Frauen an den Kommunalwahlen gedacht.

Frankreich.

Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit der Türkei. Die französische Regierung hat nunmehr, wie die Pariser Blätter übereinstimmend melden, endgültig den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Türkei vollzogen. Man sieht hier den Entschlüssen des Sultans entgegen und hegt die Erwartung, daß der Sultan in den nächsten Tagen nachgeben werde. Im andern Fall sei eine Flottendemonstration an der türkischen Küste geplant. In mehreren Küstenstädten werden französische Marinestationen aufgeschifft und so lange dort belassen, bis der Zwischenschiff geregelt sein wird.

Attentatsfurcht. Der Pariser Sicherheitsbehörde ist aus Petersburg die Nachricht zugegangen, daß seit einigen Tagen eine Anzahl Anarchisten und Anarchistinnen aus Rußland verschwunden seien. In dieser Angelegenheit findet augenblicklich ein reger Depeschenwechsel zwischen Petersburg und Paris statt. Aus mehreren französischen Provinzstädten seien Polizeidirektoren nach Paris gekommen, um Nachforschungen darüber anzustellen, ob etwa aus Marseille und Toulon verschwundene, als Anarchisten bekannte Personen, sich nach Dänemark oder Compiegne begeben haben.

England.

Der verhaftete Eylon. Der unter dem Verdacht der Spionage verhaftete Dr. Krause ist derselbe, über den Lord Roberts am 31. Mai 1900 aus Johannesburg telegraphierte: „Dank der vorzüglichen Anordnungen von Dr. Krause, dem hiesigen Kommandanten, wurde die Befreiung von Johannesburg in zufriedenstellender Weise vollzogen. Ordnung herrscht in der ganzen Stadt. Dr. Krause kam mir beim Einzug in die Stadt entgegen, ritt an meiner Seite bis zum Regierungsgebäude, wo er mich den verschiedenen Departementschefs vorstellte.“ Krause hat im Jahre 1893 in London die Rechte studiert und ist jetzt 33 Jahre alt. Seine Schwester soll die Frau eines englischen Offiziers sein.

Rußland.

Die gekrümmte russische Aushuld. Verschuldigungen des „Pester Woch“, daß Rußland auf dem Balkan intrigiere, erfahren in der „Petersburger Woch“ eine energische Zurückweisung. Das Blatt sagt: Die russische Orientpolitik, überhaupt die ganze auswärtige Politik Rußlands hat ihre wissenschaftliche und ihre Kunst, Ruhe auf dem Balkan aufrecht zu erhalten, durch allzu bereite Thaten und Bestrebungen bedroht, als daß eine künstliche Agitation auch eines hervorragenden ungrischen Blattes irgendwelchen Schatten sowohl auf die russische Diplomatie wie auch auf die österreichisch-russischen Beziehungen werfen könnte. Wir zweifeln auch nicht daran, daß das Wiener Kabinett am allerwenigsten beargwöhnt werden kann, mit solchen seltsamen Agitationsartikeln gegen Rußland zu sympathisieren.

Der Boeren-Krieg.

Erfolgslosigkeit der Sonnenproklamation Ritheners. Das Preussische Bureau meldet aus Pretoria: Die Proklamation des Generals Rithener hatte bisher keinen sehr nennenswerten Erfolg. Inzwischen erlaubten die Behörden den Frauen der noch im Felde stehenden Boeren, ihre Männer zu besuchen, um sie, wie sie es selbst verlangt hatten, auf die Ausschließlichkeit eines weiteren Widerstandes aufmerksam zu machen.

Die Opfer der Chamberlain-Politik.

Das Kriegsamt veröffentlicht die Liste über die Gesamtverluste der englischen Truppen in Südafrika bis Ende August. Diefelben belaufen sich auf 3778 Offiziere und 69 932 Mann. Davon blieben auf dem Schlachtfelde 332 Offiziere und 4172 Mann; gestorben sind: an Wunden 129 beziehungsweise 1440, in der Gefangenschaft 4 bezw. 33, an Krankheiten 254 bezw. 10 154. Durch Unfälle kamen um 14 bezw. 407. Vermißt werden 50 bezw. 560 und nach der Heimat wurden als invalide oder krank zurückbefördert 237 Offiziere und 53 100 Mann. Das sind, die Vermissten eingerechnet, 17 552 Tote!

Wieder ein Panzerzug zum Entgleisen gebracht.

Kapstadt, 4. September. Am 2. d. M. wurde ein Panzerzug bei der Einfahrt in die Station Louisa dadurch zum Entgleisen gebracht, daß eingeborne die Weichen falsch gestellt hatten. Man glaubt, daß es sich um Verrat handelt, weil Boeren in der Nähe stehen. Drei Mann wurden getötet und fünf, darunter ein Offizier, verletzt.

London, 5. September. Aus Middelburg wird gemeldet: Eine englische Patrouille nahm zwei Boeren des Thronischen Kommandos gefangen und verwundete zwei andre in einem Gefecht. Bei Frazerburg hat am 31. August ein Gefecht zwischen dem Boerenkommando unter dem Befehl des Kommandanten Schmitt und englischen Truppen stattgefunden. Hierbei wurden drei Boeren gefangen genommen; eine Anzahl wurde verwundet, aber sie entkamen.

Partei-Nachrichten.

Zum Parteitag. Im dritten Hamburger Wahlkreis wurden Genosse Stube, Hüttmann und Frau Steinbach zu Delegierten gewählt.

Eine Konferenz im ersten hannoverschen Wahlkreis delegierte Paul Hug-Bant. Ein Antrag, der den Schiedsrichter in Sachen der Hamburger Accordmänner verwirft, wurde mit Stimmgleichheit abgelehnt.

Im 17. sächsischen Wahlkreis wurde folgende Resolution angenommen: „Die Parteiversammlung erwartet vom Parteitag, daß der gefällte Schiedsrichter in Sachen der Hamburger Mauer richtig gestellt wird, dadurch, daß der Parteitag auspricht: Die Hamburger Accordmänner sind als Streifbrecher anzusehen. Im übrigen erwartet die Versammlung, daß solche Anträge der Gewerkschaften in Zukunft von der Partei zurückgewiesen werden.“ — Im weiteren beschloß die Versammlung, keinen Delegierten nach Lübeck zu senden, sondern die Vertretung dem Abgeordneten des Streifens, Auer, zu übertragen. Der Bericht über den Stand der Partei in diesem Kreis ergab ein befriedigendes Bild.

Im sozialdemokratischen Verein in Hannover wurde gegen eine geringe Minorität zu Gunsten des Schiedsrichters votiert.

Parteiengenossen des 12. und 13. Wahlkreises (Leipzig Stadt und Land) nahmen vorgestern Abend Stellung zum Lübecker Parteitag. Ein Antrag Grenz auf Aufhebung des Hamburger Schiedsrichters wurde nach längerer Diskussion abgelehnt. Beschlossen wurde, dem Parteitag vorzuschlagen, daß der nächste Parteitag in Leipzig abgehalten werde.

Die beschlagnahmten Petitionskisten. Wie seiner Zeit mitgeteilt, wurden im Wahlkreis Reichensbach-Neurode Petitionskisten gegen den Protokoller von Polizeibeamten beschlagnahmt. Auf die von unterm Genossen Kühn beim Landratsamt in Neurode eingelegte Beschwerde wird jetzt die beschlagnahmten Exemplare vom Landratsamt ohne jede Bemerkung zurückgeschickt. Weniger wortfroh war hofentlich der Landrat gegen seine Beamten, die einer Rechtlehrung dringend bedürfen.

Die Accordmänner-Angelegenheit bildete das Thema einer Arbeiterversammlung, die unter dem gemeinsamen Präsidium des Parteivereinsvorsitzenden Genossen Liebmann und dem stellvertretenden Genossen Schäfer am Dienstagabend in Mainz im Lokal Rothermund tagte. Nach einem einleitenden Referat empfahl Genosse Dr. David folgende von den beiden Vorständen vereinbarte Resolution:

„Die heutige von den Vorständen der sozialdemokratischen Partei Mainz und des Gewerkschafts-Kartells gemeinsam einberufene Versammlung ist der Ueberzeugung, daß die Angelegenheit der Hamburger Accordmänner nicht zum Streitfall zwischen Partei und Gewerkschaft gemacht werden darf. Sie hält es für das Beste im Interesse der politischen wie der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, wenn strittige Angelegenheiten innerhalb des einen Verbandes nicht in den andern Verband hineingetragen werden. Indem sich die Versammlung jeder Meinungsäußerung über die vom Schiedsgericht niedergelegte Auffassung enthält, spricht sie den Wunsch aus, daß der Parteitag den Schiedsrichter aufhebt und die ganze Angelegenheit den gewerkschaftlichen Instanzen zur alleinigen Regelung überläßt.“ — Die Debatte war eine äußerst lebhaft. Der scharfe Kritik, die der Schiedsrichter seitens einzelner Redner fand, stand eine ebenso energiegelte Verteidigung seitens anderer gegenüber. Die Resolution gelangte schließlich mit circa 140 Stimmen gegen 16 zur Annahme. Auch von den dagegen Stimmenden war ein Teil für die in der Resolution vorgeschlagene Lösung der ganzen unliebsamen Angelegenheit. Sie stimmten nur dagegen wegen der ihnen nicht zuzugewandten Begründung.

Kommunales.

Stadtvorordneten-Versammlung.

25. Sitzung vom Donnerstag, den 5. September, nachmittags 5 Uhr.

Mit der heutigen Sitzung nimmt die Versammlung ihre durch zwei Monate Sommerferien unterbrochen gewesene regelmäßige Tätigkeit wieder auf. Die Tagesordnung umfaßt 60 Nummern, darunter 15 Rechnungen und 18 Vorlagen für die geheime Sitzung. Unter den letzteren befindet sich auch der Magistratsantrag auf Verleihung des Prädikats „Stadtkämmerer“ an den seit dem 1. Juli d. J. aus dem Amte geschiedenen unbesoldeten Stadtrat Bail.

Vor der Sitzung sind 3 Ausschüsse gewählt worden und zwar: zur Vorberatung der Vorlagen betr. die Festsetzung einer neuen Mülllinie für die Südseite der Alten Jakobstraße zwischen Sebastian- und Dresdenerstraße und betr. den Ankauf des Spreewer-Grundstücks an der Willemerstraße, sowie zur Vorbereitung der Wahl eines besoldeten Stadtrats.

Die Vorlage betr. die Frequenz in den Gemeindeschulen am 1. Mai d. J. wird ohne Debatte zur Kenntnis genommen.

Zur Vorlage betreffend die Grundzüge für die Verköstlichung fremder Dienstreise bei der Pensionierung und Heilfuhrung von besoldeten Magistratsmitgliedern befragt Stadtv. Dinse (R. L.) einen Antrag, die fremde Dienstreise auch bei den sonstigen städtischen Angestellten zu verköstlichen. Auf Anregung des Stadtv. Michel (Fraktion Kommunisten) wird dieser Antrag einem besonderen Ausschusse von 10 Personen überwiesen. Die Vorlage selbst gelangt zur Annahme.

Durch Schreiben des Oberpräsidenten v. Veitmann-Hollweg vom 9. Juli ist dem Magistrat mitgeteilt worden, daß der Abzug der von der Stadtvorordneten-Versammlung getroffenen Wahl des Stadtrats

Gustav Kauffmann zum zweiten Bürgermeister der Stadt Berlin die Bestätigung versagt hat. Ingleich ist der Magistrat ersucht worden, wegen Herbeiführung einer neuen Wahl das Erforderliche zu veranlassen; er hat unterm 17. Juli seinerseits die Versammlung ersucht, wegen der Renonciation „abgegeben“ das Weitere zu veranlassen.

Stadtv. Cassel (R. L.): Meine Freunde haben einstimmig beschlossen, von einer Ausschussberatung Abstand zu nehmen, die Wahl in nächster Sitzung anbeizustellen und ferner einstimmig beschlossen, bei der abernünftigen Wahl wiederum für den Stadtrat Kauffmann einzutreten. (Beifall.) Nachdem diese Wahl zur allgemeinen Ueberraschung die königliche Bestätigung nicht erhalten hat, wird jetzt in einem Teile der Presse behauptet, daß eine Wiederwahl bloß eine leere Demonstration sein würde, ja, man versteigt sich sogar zu der Behauptung, das wäre eine ungesetzliche Handlung, ein Verstoß gegen die Prärogative der Krone. Für solche Auffassung findet sich in der Städte-Ordnung nicht der geringste Boden. Es ist nirgends gesagt, daß bei der Renonciation die Wahl nicht wieder auf den zuerst Gewählten lenken dürfe. Wir würden aber von diesem Rechte der Wiederwahl sicherlich keinen Gebrauch machen, wenn

es sich dabei bloß um eine leere Demonstration handelt. Der Redner geht dann auf die Zeitungsmeldung ein, wonach die militärischen Verhältnisse Kaufmann die Ursache der Nichtbestätigung gewesen sind. Stadtrat Kaufmann hat sich stets des ungeteiltesten Ansehens auch bei den politischen Gegnern erfreut. Und dieser Mann soll nicht für den Posten des Bürgermeisters geeignet erscheinen? Auf allen Seiten sind denn auch diese militärischen Rücksichten nicht als ausreichender Grund für die Nichtbestätigung angesehen worden. Man weiß jetzt auf die geringe Majorität des Gewählten hin. Das könnte uns doch nur dazu führen, ihn jetzt möglichst einstimmig zu wählen. Bürgermeister Brinmann hatte noch eine geringere Mehrheit aufzuweisen, und ist doch bestätigt worden. Anzunehmen, daß die Kinderheit seine Nichtbestätigung mit irgend welcher Freude begrüße, wäre sehr irrig. Wird Kaufmann möglichst einstimmig wiedergewählt, so steht zu hoffen, daß eine nochmalige Bestätigung in der Bestätigungsinstanz zu seiner Bestätigung führen kann. Wir haben stets gegeben dem Kaiser, was des Kaisers ist; wir sind aber auch überzeugt, daß selbst bei der höchsten Spitze unseres Staates die Worte Schillers „Männerstolz vor Königskrone“ nicht als ein Schall, sondern als ein von freien Bürgern kommender und zu beherzigender Mahnruf erscheinen werden. (Beifall.) Nach anhin hin muß jedenfalls in dieser schwierigen Situation die Bürgerschaft Berlin so einheitlich wie möglich vorgehen.

Stadtv. Singer (Soz.): Ich empfinde nicht das Bedürfnis, wie der Vordredner die von uns vorgenommene Wahl zu verteidigen. Wir dürfen für uns dasjenige Maß von Achtung für eine Versammlung in Anspruch nehmen, welche die höchsten Beamten ihres Gemeinwesens zu wählen hat. Etwas eigenmächtig hat es mich berührt, daß der Vordredner die Verdienste Kaufmanns heute so lebhaft hervorgehoben hat, während doch das Ergebnis der Wahl zeigt, daß ein großer Teil seiner Fraktionsgenossen Herrn Kaufmann nicht gewählet hat. (Narren.) Auch wir schließen uns dem Antrage auf Verneinung der Wahl ohne Ausschussberatung in der nächsten Sitzung an. Es giebt auf die Nichtbestätigung nur die eine Antwort: Wiederwahl. Optimistisch aber wie der Vordredner bin ich hinsichtlich der Wirkung dieser Wiederwahl nicht. Die Nichtbestätigung ist allerdings eine charakteristische Illustration zu dem Verhalten einer Versammlung, welche an Loyalität, um nicht zu sagen an Hygiantismus, das Erdendürchste geleistet hat. (Lurche.) Daß die wiederholte Nichtbestätigung meiner Partei zu gute kommen werde, wie der Vordredner vermutet, das liegt eben in dem sprichwörtlichen Blick der Sozialdemokratie. (Große Heiterkeit.) Unre Gegner sind immer unsere besten Agitatoren. Für den Oberbürgermeister Richter muß es ein erhebendes Gefühl gewesen sein, als man ihm im Ministerium des Innern mitteilte, daß Herr Kaufmann zwar als Stadtrat gut genug, aber nicht gut genug zum Bürgermeister von Berlin sei. Wir werden gut ihm bei der demnächstigen Ausschreibung einer Bürgermeisterstelle die Militärpapiere mit einzuordnen und die Stelle mit Militäranwärtern zu besetzen. (Große Heiterkeit.) Nicht der Offizierrolle ist nach unserer Meinung der vornehmste, sondern der einfache Bürgerrolle, dessen Träger erst das Material liefern müssen, aus dem Offizierrolle geschnitten werden. (Sehr richtig.) Diejenige militärische Uebermut sollte man nicht so sanftmütig entgegengenommen, sondern ihm gegenüber deutlich ansprechen, daß die Bürgerschaft Berlin es nicht will, immer bloß den Willen des Hofes zu erfüllen, und dekorativ mitzuwirken, während z. B. über die Köpfe der Bürgerschaft hinweg Konzessionen an Privatgesellschaften gegeben werden. Es wird schließlich jeder behandelt, wie er es verdient. Wie wir das vorige Mal für den Stadtrat Kaufmann als Bürgermeister gestimmt haben, werden wir es das nächste Mal auch thun. Die Bürgerschaft wird es sicher gern sehen, wenn ihre Vertreter, um ein Wort zu gebrauchen, das gegenüber den Alexandriner ausgesprochen wurde und das anzuhören auch unserm Herrn Oberbürgermeister Gelegenheit geboten worden war, frech und undotmäßig genug sein werden, ihre eigene Meinung zu behalten und sie sich nicht nach der der Krone unmodellieren zu lassen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Rosenow (R. L.): Dieser Angriff des Vordredners auf die Freunde des Herrn Cassel ist im gegenwärtigen Augenblick doch recht deplaciert. Der König hat von seinem Rechte Gebrauch gemacht, er hat auch nicht nötig, uns seine Gründe bekannt zu geben. Der gesetzliche Boden ist also nirgends verlassen. Ueber die Gründe der Nichtbestätigung sind wir auf Vermutungen angewiesen; nach dem, was wir darüber vernommen haben, sind wir geneigt, dagegen zu protestieren, daß man militärische Rücksichten in unsere Verwaltung hineintragt. Uns ist Kaufmann der rechte Mann, der rechte Mann für alle Zeit. Ich bin sonst kein Optimist, aber in diesem Fall doch; wenn die gesamte Bevölkerung sich für Kaufmann erklärt, wird man an den entscheidenden Stellen doch Bedenken tragen, einen Konflikt mit der Berliner Bürgerschaft hervorzuheben. Kommt es doch dazu, dann werden wir ja doch irgendwie den künftigen Kommissar erhalten, aber die Berliner Selbstverwaltung ist stark genug, auch diesen Kommissar zu ertragen. Die verantwortlichen Stellen sollen sich wohl überlegen, ob sie einen solchen Kampf wollen. Die Selbstverwaltung Berlins wäre nichts wert, wenn sie einen solchen Kampf nicht ertragen könnte. (Beifall.)

Stadtv. Cassel: Jeden Angriff des Kollegen Singer kann man sich denn doch nicht gefallen lassen. Ich habe nicht mit unehrerordentlichem Entzorn gesprochen, sondern in meiner Weise unser Recht, pflichtgemäß und nach unserer Ueberzeugung zu handeln, betont. Dann hat er uns Hygiantismus vorgeworfen. Ich bestreite ihm das Recht, solche Behauptungen aufzustellen. Wir leben in einem Staate, in dem wir Pflichten haben aus unsren verfassungsmäßigen Institutionen heraus; wenn die Herren zu den letzteren anders stehen als wir, so giebt ihnen das noch kein Recht zu diesem Vorwurf. Herr Singer nennt uns Optimisten. Wir sind thatsächlich der Ueberzeugung, daß die sachliche Vertretung unsres Standpunktes die Regierung veranlassen kann, die Frage nochmals gründlich zu prüfen und ihren verantwortungsvollen Rat danach zu erteilen. Herr Singer demüthigt natürlich auch diese Gelegenheit, um durch das Salz der Rede nach außen Wirkungen zu erzielen; wir wollen durch unsere Haltung nur erreichen, was wir anstreben: die Bestätigung der Wahl des Stadtrats Kaufmann zum Bürgermeister.

Rast einstimmig wird darauf beschlossen, die Wahl des zweiten Bürgermeisters auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen.

Entgegen dem im November 1899 erneuerten Vorschlage des Magistrats, die

unterste Gemeinde-Einkommensteuerstufe

(4 M. bei Einkommen von 660—900 Mark jährlich) außer Geltung zu setzen, hatte die Mehrheit der Versammlung die Forterhebung dekretiert. Gelegentlich der Beratung des Gemeindebeschlusses betr. die Aufhebung der Gemeinde-Einkommensteuer-Ordnung im Juni d. J. hatte sie wenigstens die Forderung nachgegeben, daß jedem Genossen dieser Stufe eine schriftliche Nachricht über eine Veranlagung zugestellt werden sollte, und den betreffenden Passus jenes Gemeindebeschlusses entsprechend umgestaltet. Der Magistrat ist indessen diesem Beschlusse nicht beigetreten, da er von der Ausführung desselben lediglich eine Häufung der mit der Erhebung dieser Steuerstufe verbundenen Uebelstände und Beschwerden befürchtet, und er bringt statt dessen abermals die Anhebung der Steuer dieser Stufe vom 1. April 1902 ab auf unbestimmte Zeit in Vorschlag.

Stadtv. Stadtrat a. D. Kämpf (R. L.) glaubt nicht, daß die Gründe des Magistrats die Stellungnahme der Mehrheit erschüttern werden. Es ständen sich hier zwei sozialpolitische Anschauungen gegenüber; die Mehrheit habe sich immer zu der Aufhebung bekannt; wer nicht mitthat, soll auch nicht mittragen.

Daneben kämen praktische Gesichtspunkte in Betracht, vor allem die Frage, ob dem wirklich die Veranlagung der Verwaltung und den Steuerhebern eine so unerbittlich-mühselige Last aufladen werde. Diese Rücksichten stehen Ausschussberatung als unmöglich erscheinen.

Stadtv. Bruns (Soz.): Die Angelegenheit ist von sehr großer sozialer Bedeutung, wenn auch der Magistrat die steuerrechtlichen Rücksichten in den Vordergrund stellt. Wir stimmen natürlich der Vorlage zu, möchten aber die Rückziehung der Maßregel auf das Wahlrecht hingestellt haben. Die Versammlung hat sich früher dahin ausgesprochen, daß sie nicht wünscht, daß gleichzeitig mit der Anhebung der Wahlrecht das Wahlrecht in Wegfall kommen soll; Herr Cassel hat aber damals und zwar als Referent ausgesprochen, daß es der Stadtgemeinde unbenommen sei, ein Statut zu erlassen, welches den Nichtsteuerzahlern das Wahlrecht entzieht. Daß das Schlagwort, an dem die Mehrheit festhält, nicht zutrifft, ist von unserer Seite wiederholt nachgewiesen worden, wir brauchen ja nur an die indirekten Steuern zu erinnern, welche ganz besonders von den Armen und Aemtern aufgebracht werden. Die Verdrängung auf die Reform des Kommunal-Wahlrechts hat sich als nahezu wertlos erwiesen. Bei der früheren Beratung hat Herr Wallach vor dem Magistratsvorschlage auch deshalb gewarnt, weil dann Steuerheber überflüssig und arbeitslos werden und deshalb zur Sozialdemokratie übergehen könnten. Für die Mehrheit scheint dieser Grund damals durchschlagend gewesen zu sein, wir können ihn nicht recht ernst nehmen, jedenfalls wird er uns nicht hindern, die Vorlage anzunehmen und zwar ohne Ausschussberatung, die wir für gänzlich entbehrlich halten. Wir stimmen daher ohne weiteres für die Vorlage, wenn uns die gewünschte Erklärung vom Magistrats-tische wird.

Stadtv. Wallach (R. L.): Daß der Magistrat den Antrag auf schriftliche Nachricht über die Veranlagung an die 4 Mark-Genossen ablehnen würde, nachdem dieser Antrag kaum drei Monate vorher auch von der Versammlung abgelehnt war, begreife ich vollkommen, aber für die Kur à la Doktor Eisenhart, die darin besteht, die ganze Einkommen von 800 000 M. fallen zu lassen, weil man 10 000 M. für die Veranlagung nicht ausgeben will, kann ich mich nicht begeistern. Die eine Mark vierteljährlich wird doch jeder Bürger aufbringen können, der Rechte in unserer Stadt ausüben will. Auch würden bei der Anhebung der 20 000 Beamte u. dergl. mit einem Sätze gänzlich steuerfrei.

Die Einkommenverhältnisse haben sich gebessert; die hohe Zahl der 80 000 fruchtlosen Pfändungen giebt ein falsches Bild. Nehmen Sie die Vorlage einfach ab, oder verweisen Sie sie an einen Ausschuss.

Stadtv. Tourbis: Der § 77 des Einkommensteuer-Gesetzes gewährleistet das Wahlrecht. Charlottenburg erhebt die unterste Stufe längst nicht mehr, ohne daß dort von einer Wahlrechtsentziehung die Rede wäre.

In der weiteren Beratung beteiligen sich Stadtv. Dr. Preuß (R. L.), der auf den Vorgang zahlreicher anderer preussischer Kommunen Bezug nimmt und die Aufhebung der 4 M.-Stufe sofort beschließen will, und Stadtv. Cassel, der unter Polemik gegen Bruns für den Ausschuss plädiert und darauf verweist, daß auch der Stadtrat den Magistrat nicht für alle Ewigkeit binden könne.

Stadtv. Bruns: In diesen Möglichkeiten würde auch der Ausschuss nichts ändern können. Auch im Ausschuss würde ja der Magistratsvertreter nicht erklären können, daß eine Aenderung des Wahlrechts für immer ausgeschlossen ist; aber soviel geht aus seiner heutigen Aeußerung hervor, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Aenderung nicht in Frage steht. Das Streben nach Ausschussberatung dieser Vorlage ist mir angefaßt der bevorstehenden Wahlen sehr verdächtig. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Mommsen: Wir sind stets für die Aufhebung eingetreten und thun dies jetzt wiederum. Sollte das Wahlrecht dadurch jemals tangiert werden, so wird gewiß die ganze Versammlung für schleimigste Wiederbeerdigung stehen. Der Ausschussberatung widerstreben wir nicht.

Die Mehrheit beschließt Ausschussberatung.

Zur Erweiterung des Vieh- und Schlachthofs sowie für den Fleisch-Engrosmarkt soll der Ankauf zweier an der Landsberger Allee gelegener, der Mitteldeutschen Kreditbank bzw. dem Fürsten Stolberg-Wernigerode gehöriger Terrains von 73 795 und 78 954 Quadratmeter zum Preise von 28,20 bzw. 23 Mark pro Quadratmeter erfolgen. Der Kaufpreis beträgt circa 4 005 000 Mark.

Auf Antrag des Stadtv. Haberland (R. L.), der auf den hohen Preis des Objekts und die Bedenksamkeit der Angelegenheit hinweist, wird die Vorlage in einen besonderen Ausschuss von 15 Mitgliedern verwiesen.

Auf dem Grundstücke des Kaiser und Kaiserin Friedrich-Kinderkrankenhauses in der Reinickendorferstraße, dessen Uebernahme in die städtische Verwaltung zum 1. Oktober 1901 erfolgen soll, ist die Reparatur zweier Baracken, die zur Aufnahme von mit Majern und Krachhusten behafteten Kindern bestimmt sind, erforderlich. Der Magistrat beantragt dafür die Veranschlagung von 2700 M.

Stadtv. Dr. Freudenberg (Soz.): Die in der Vorlage erwähnten Baracken sind die eine für malsenfranke und die andre für Kinder bestimmt, die nicht infektiös sind; insofern enthält die Vorlage einen Irrtum. Aus der Vorlage, für die wir notgedrungen werden stimmen müssen, erhalten wir auch die erste Nachricht darüber, daß der Magistrat unsern Beschlusse, die Uebernahme des Krankenhauses nicht erst zum 1. April 1902, sondern schon zum 1. Oktober 1901 eintreten zu lassen, zugestimmt hat. Wir haben damals auch noch gefordert, daß der Magistrat rechtzeitig eine Vorlage über die näheren Bedingungen der Uebernahme machen sollte; ich bitte diese Vorlage uns recht bald zugehen zu lassen. Zeit dazu ist es wohl. Die auf dem Gebiete des Kinderkrankenhauses zu Tage tretenden Mängel sind sogar von der Krankenhausdeputation anerkannt worden, und das will schon etwas heißen. Die Not ist gerade in letzter Zeit der Bevölkerung besonders vor Augen geführt worden durch die Mitteilungen aus dem Elisabeth-Kinderhospital über an Kindern erfolgter Tripper-Anstreuung. So manchen grauenhaften Zustände herrschen, für die man einen parlamentarischen Anstand überhaupt nicht finden kann, und trotzdem ist die Stadt Berlin bisher genötigt, dieses Hospital auch für ihre kranken Kinder in größerer Anzahl in Anspruch zu nehmen. 250 Kinder sind im letzten Jahre in diesem Krankenhause auf Kosten der Armenverwaltung verpflegt worden. Also muß die Stadt Berlin baldigst Vorkehrungen treffen, um sich von solchen Krankenhäusern zweifelhaftester Natur freizumachen, und wir ersuchen deswegen dringend die Verwaltung, uns recht bald eine Vorlage über das Kaiser Friedrich-Kinderkrankenhaus zu machen.

Stadtrat Straßmann: Die Vorlage bezieht sich auf zwei Baracken, welche an Krachhusten und Malsenfranke Kinder beherbergen. Die verlangte Vorlage haben wir bis jetzt nicht machen können, weil weitwichtige Vorbereitungen erforderlich waren. Die landesherrliche Genehmigung zur Uebernahme mußte eingeholt werden; der Verein des Kinder-Krankenhauses mußte sich auflösen und die Protektoren ihre Zustimmung erteilen. Alles das war erst Ende Mai erledigt. Gegenwärtig ist ein Generalprogramm für die Einrichtung aufgestellt. Es soll ein großes Gebäude zur Aufnahme für äußerlich und innerlich Kranke nicht infektiöser Art hergestellt werden, in welches dann die Säuglinge übergeführt werden, wozuf die Malsenfranken in die Säuglingsbaracken verlegt werden sollen. In dem von Stadtv. Freudenberg zuletzt angeführten Falle hat es sich übrigens nicht um eine Tripperinfektion gehandelt, sondern um den bekannten katastrophalen Ausbruch tropischer Kinder. Es betrifft das einen Fall, wo von uns ein Kind, das von uns vollkommen gesund befunden war, am 3. April dorthin geschickt wurde und nachher mit diesem Ausbruch befallen worden ist. Nur die Zeitungen haben von Tripper gesprochen; uns ist ein derartiger Zustand niemals offiziell mitgeteilt worden.

Stadtv. Dr. Freudenberg: Die Mitteilung über das Bauprogramm begnügen wir mit Freuden; indessen war es doch schon seit dem 7. März möglich, ein solches Programm zu geben, da schon damals der Magistrat der Verwaltung des Hauses seinen Beitritt zu unserm Beschlusse mitteilte. Bezüglich des Elisabeth-Hospitals verbleibe ich bei meinen Ausführungen. Der erste Bericht darüber stand im „Vorwärts“ vom 9. August

und er beruht auf Nachrichten, die von der Krankenhausverwaltung selbst eingezogen waren und zwar in vorstichigster Weise. Von dem Redacteur war die betreffende Nachricht mir vorgelegt worden und ich hatte ihm bedeutet, er solle zuvor in der Anstalt selbst anfragen, das hat er gethan und die Bestätigung erhalten, daß nicht in einem Fall (Stadtrat Straßmann: Ein Fall von unierm Waisenhaus!) — das mag sein, sondern in 40 Fällen Tripperübertragung in dem Elisabeth-Kinderhospital stattgefunden hat. Das halte ich aufrecht.

Die Vorlage wird angenommen.
Gelegentlich der Etatsberatung hat die Versammlung die Resolution beschlossen, daß in den städtischen Krankenhäusern entsprechende Wartezimmer für die Krankenbesucher bereit gestellt werden möchten. Der Magistrat weist in seiner Antwort darauf hin, daß in den Krankenhäusern am Friedrichshain und am Urban besondere Wartezimmer nicht erforderlich seien, bei dem Krankenhaus Moabit dagegen in dem neuen Verwaltungsgelände solche beschafft werden sollen.

Stadtv. Rosenow bemängelt die unbestimmte Fassung der Magistratsauskunft, und auch Stadtv. Freudenberg kann nicht finden, daß die Frage eine ideale Lösung gefunden habe.

Nachdem noch Stadtrat Straßmann als auch Stadtv. Rosenow sich hierzu geäußert, wird die Vorlage zur Kenntnis genommen.

Die Vorlage betreffend den
Einfluß der Krankenhauspflanze auf das
Wahlrecht
wird auf die nächste Sitzung vertagt.

Die berichtigte **Gemeinde-Wählerliste** hat laut der Vorschrift der Städteordnung vom 15. bis 30. Juli öffentlich ausgelegen und ist von 9947 Personen eingesehen worden. 33 Einsprüche sind erfolgt. Die Städte-Ordnung enthält die allgemeine Vorschrift, daß die Stadterordneten-Versammlungen über derartige

Einsprüche gegen die Richtigkeit der Liste
bis zum 15. August zu beschließen haben; indessen kann dieser Termin durch Gemeindebeschluss verlegt werden, und von dieser Befugnis haben die Gemeindebehörden im vergangenen Winter Gebrauch gemacht, indem sie den unbequemen Termin des 15. August, der eine unliebsame Unterbrechung der Sommerferien bedeutete, befristigten und den 30. September an seine Stelle setzten.

Die Vorlage geht an den Wahlprüfungs-Ausschuss.
Nach Erledigung der übrigen Beratungsgegenstände für die öffentliche Sitzung erfolgt der Schluss derselben gegen 1/2 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die **Lohnbewegung der Bandagisten** hat einen günstigen Verlauf genommen. Der Reunionsabend ist überall bewilligt worden, außerdem auch in allen Werkstätten eine Lohnhöhung, so daß mit wenigen Ausnahmen auch der Minimallohn gezahlt wird. Allein bei der Firma Müller, Neue Königstraße, kam es zu keiner Einigung, und stehen dort die Arbeiter (5 Mann) im Ausstand. Die Lohnbewegung ist nunmehr für beendet erklärt, und nur die Kollegen von Müller haben so lange im Ausstand zu verharren, bis auch diese Firma bewilligt.

Deutsches Reich.

Der **Streik der Hamburger Kupferschmiede ist aufgehoben**. In der am Dienstag tagenden Mitgliederversammlung der Kupferschmiede wurde allgemein für Aufhebung des Streiks gestimmt und folgende Resolution angenommen: „Nachdem seitens der Kollegen in dem Kampfe, welcher durch die zehntägige Aussperrung wegen Verteilung an der Meißener von Seiten der Arbeitgeber provoziert wurde, die dagegen gestellten Forderungen bis auf eine (Regelung des Arbeitsnachweises) fallen gelassen und die Arbeitgeber sich auf keine Verhandlungen eingelassen haben; nachdem ferner die Kollegen, welche während des Streiks in Hamburg die Arbeit aufgenommen haben, den Kampf durch ihr unkollegiales Verhalten illusorisch machten, hält es die heutige Versammlung für nutzlos, den Kampf weiter zu führen, und empfiehlt nach Beilegung des Streiks, die Frage des Arbeitsnachweises in gütlicher Verhandlung zu erledigen.“

Die **Abstimmung im Centralverein der deutschen Formner** wegen der Verschmelzung mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband hat am 11. August stattgefunden und folgendes Resultat ergeben: Von 6724 stimmberechtigten Mitgliedern haben nur 3944 ihre Stimme abgegeben; davon waren 3011 für die Vereinbarungen und 930 haben gegen dieselbe gestimmt. Es haben sich somit 2756 Mitglieder der Abstimmung enthalten. Die statutarisch festgesetzte 2/3-Majorität ist nicht ganz herausgekommen, wohl aber haben über 3/4 der Abstimmenden für den Uebertritt gestimmt. — Da ein großer Teil Mitglieder überhaupt nicht abgestimmt hat und anzunehmen ist, daß dieser der Bewegung völlig interessellos gegenübersteht, eine große Mehrzahl aber für den Uebertritt zum Metallarbeiter-Verband vorhanden ist, sah sich der Vorstand des Centralvereins der Formner genötigt, nochmals Rücksprache mit dem Vorstande des Metallarbeiter-Verbandes zu nehmen. Dieser erklärte, die in Dresden getroffenen Vereinbarungen trotzdem aufrecht erhalten zu wollen, auf Grund einer Reihe von Einzelbestimmungen für den Uebertritt der Formner in den Metallarbeiter-Verband. — Hauptvorstand und Ausschuß des Centralvereins der Formner empfehlen nun, in Anbetracht dessen, daß die Hauptfrage völlig erschöpft ist, den Centralverein der Formner am 30. September laufenden Jahres aufzulösen und vom 1. Oktober ab den Uebertritt in den Metallarbeiter-Verband in die Wege zu leiten. Von denjenigen Kollegen, welche gegen den Uebertritt gestimmt haben, wäre zu wünschen, daß sie sich der Majorität anschließen, damit der Uebertritt sich gemeinsam vollzieht und zu Gunsten der allgemeinen Formnerschaft eine jede Zerplitterung vermieden wird.

300 Arbeiter der Schufabrik von Masig in Weihenfeld haben infolge von Lohnherabsetzungen die Kündigung eingereicht.

Ausland.

Die **Streikbewegung der italienischen Straßenbahn-Angestellten** hat sich auf fast alle größeren Städte Italiens ausgebreitet. In einer Reihe von Städten wird noch gestreikt; in den meisten Fällen hat der Ausstand mit einer teilweisen Bewilligung der Forderungen der Angestellten geendet. Viel wichtiger aber ist das aus dem Streiks resultierende Bestreben der Straßenbahner, eine festgeschlossene Organisation zu begründen. Bis jetzt bestanden entweder keine oder doch nur lokale Organisationen; jetzt ist von der Mailänder Organisation ein Komitee gewählt worden, das die Aufgabe hat, die lokalen Vereinigungen zu einem Bunde zu vereinigen. Zu diesem Zwecke soll demnächst ein Kongreß der Straßenbahn-Bediensteten einberufen werden.

Sociales.

Auf dem **Genossenschaftstag des Verbandes der deutschen Erwerbs- und Wirtschafts-genossenschaft**, der gegenwärtig in Baden-Baden tagt, kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen der bisherigen Leitung, vertreten durch den Anwalt Träger, und den Konsumgenossenschafts-Vertretern v. Elm, Lorenz und Kaufmann. Nach der „Vossischen Ztg.“ bemerkt Dr. Träger in seiner Rede über den Bericht der Genossenschaft: „Auf die Angriffe gegen den Allgemeinen Verband, weil er in Hannover 1900 den Kleinkaufleuten die Bildung von Genossenschaften empfohlen habe, weise er darauf hin, daß die Zukunft der Handwerker wie der Kleinkaufleute in der genossenschaftlichen Organisation liege, man müsse nur nicht glauben, daß mit Hilfe der Genossenschaft jeder Handwerker und Kaufmann wohlhabend werden könne. Der Allgemeine Verband widerlegt sich entsetzlich jenen volkswirtschaftlichen Kreisen, die den Zukunftsstaat auf dem Boden der genossenschaftlichen Organisation entstehen sehen, und die dieser Anschauung auch im Allgemeinen Ver-

bande zur Anerkennung verhelfen wollen. Mit Bezug auf die Erörterungen in einigen socialdemokratischen Zeitungen über die Stellung der Konsumvereine als Ergänzung zur gewerkschaftlichen und politischen Bewegung bekämpft der Anwalt diese Auffassung, die geeignet sei, die Konsumvereine in Mißkredit zu bringen. Das Genossenschaftswesen drohe heute zum Kampfmittel zu werden; er hoffe, daß das Wort: „Die Genossenschaft ist der Friede“ wieder zu seinem Recht gelangen werde.

v. Elm-Hamburg und Lorenz-Chemnitz traten in langen Ausführungen für die Ansicht ein, daß der vorjährige Beschluß des Genossenschaftstags, betr. die genossenschaftliche Organisation der Kleinkaufleute, kein zweckentsprechender sei. Sie wollen auch nicht die gesamte Produktion organisieren, und halten dies für eine Utopie, vielmehr sollen die Konsumvereine auf Grundlage des organisierten Konsums zu der dem Bedürfnis nach nötigen Produktion übergehen. Großen Unwillen hat der vom Allgemeinen Verband von den Konsumvereinen des sächsischen Verbandes „Vorwärts“ geforderte Revers vor ihrer nachgekauften Aufnahme in den Allgemeinen Verband in jenen Kreisen hervorgerufen. Die Vereine sollten sich erklären, an den bisherigen wirtschaftlichen Grundfragen des Allgemeinen Verbandes nicht rütteln zu wollen und jede Benutzung der genossenschaftlichen Organisation zur Ergänzung politischer Bewegungen, wozu in einem socialdemokratischen Aufruf aufgefordert war, auszuschließen. Die Tendenz dieses Aufrufs wurde von anderer Seite bestritten. Redacteur Kaufmann von der „Wochenschrift der Großenkaufleute-Gesellschaft“ in Hamburg verteidigte sein Recht der Kritik an den Beschlüssen der Genossenschaftstage, wogegen der Verband-Direktor Dr. Alberti-Biesbaden auf die Gründe dieser Kritik hinwies, die den Grundfragen der Schulze-Delitzsch'schen Genossenschaften direkt zuwiderlaufen und die im Allgemeinen Verbande nicht geduldet werden könnten. Der Allgemeine Verband ist für alle Verhältnisse da, ihnen auf dem Wege der genossenschaftlichen Organisation mit Rat und That beizustehen zu wirtschaftlicher Besserung ihrer Lage, aber zu keinen anderen Zwecken. Dem widerspricht die Absicht gewisser Konsumvereine, die einen Erwerbslohn — Kleinkaufleute — verschwinden lassen wollen, weil er ihnen nicht in ihren Kram paßt. Hier, so führte Dr. Alberti aus, sei die Grenze der genossenschaftlichen Organisation für den Allgemeinen Verband, und es könne einem dem Allgemeinen Verbande nachstehenden Organe nicht die Vereidigung zurkannt werden, Anschauungen grundsätzlicher Art, wie sie im Allgemeinen Verband vertreten werden, in einseitigem Interesse zu widersprechen. In der „Vorbild-Zeitung“ habe v. Elm eine allgemeine große Produktions-Organisation als Zukunftsideal hingestellt. Dazu könne der Allgemeine Verband keinesfalls seine Zustimmung geben, und er ziehe eine reinliche erste Scheidung von denen vor, die derartigen Tendenzen huldigen und Utopien nachgehen. — Klatschen und Rufen begleiteten die Ausführungen der Konsumvereins-Vertreter, die schließlich nochmals unter anhaltender Unruhe und fortgesetzten Schlußrufen den Versuch machten, ihre Interessen zu vertreten.

Ein vom Vorsitzenden vorgelegter Antrag: „Der Allgemeine Genossenschaftstag spricht seine volle Zustimmung aus zu den Grundfragen, die der Anwalt bisher vertrat und die derselbe in seinem Bericht zum Ausdruck brachte,“ fand gegen ungefähr 10 Stimmen Annahme.

Gerichts-Beitrag.

Eine **nette Firma**. Die Geschäftsmaximen, die gewisse Geschäftsleute ihren Reisen gegenüber anwenden, deckte eine Verhandlung auf, die gestern vor der vierten Ferienstrammer des Landgerichts I gegen den Kaufmann Heumann stattfand. Er war beschuldigt, sich durch Aufgabe gefälschter Beschlüsse der Urkundenfälschung und des Betruges schuldig gemacht zu haben. Am 1. Juni d. J. wurde der Angeklagte von der Firma Schweizer, Steiger u. Co. als Provisionirender auf Trolotoren angenommen. Da er mittellos war, erhielt er einen Reiseforschuß, der später bei der Provisionsberechnung in Abzug gebracht werden sollte. Die Aufträge des Angeklagten liefen nur sporadisch ein und als dieser nach drei Monaten von seiner unerspriesslichen Thätigkeit entbunden wurde, zeigte sich, daß er mehrere erdichtete Bestellungen aufgegeben hatte. Der Angeklagte führte zu seiner Entschuldigung an, daß er sich in einer großen Notlage befunden habe. Wenn er um Geldmittel geschrieben habe, sei ihm von seiner Firma die Antwort geworden, er möge erst Aufträge einschicken, dann würde ihm auf telegraphischem Wege Geld angewiesen werden. Er habe mehrfach seine Hotelrechnung nicht bezahlen können und wiederholt katastrophisch Hunger gelitten. Da habe er sich denn verleiten lassen, erdichtete Bestellungen einzuschicken. Der Chef des Angeklagten bestritt, daß dieser im ganzen 810 M. geschickt erhalten habe. Der Verteidiger, Justizrat Bronker, wies darauf hin, daß der Angeklagte mit 9 M. täglich Reise- und Hotelkosten sowie alle übrigen zu seinem Lebensunterhalt nötigen Bedürfnisse habe bestreiten müssen, welches selbst bei den bescheidensten Ansprüchen nicht möglich sei. Der Gerichtshof trug diesen Umständen bei der Strafabschätzung Rücksicht, es wurde auf drei Monate Gefängnis erkannt, wovon ein Monat durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt erachtet wurde.

Wegen **unbefugten Nachdrucks** hatte sich gestern der Fabrikant Jenisch vor der 4. Ferienstrammer des Landgerichts I zu verantworten. Der Angeklagte stellt Apparate und Chemikalien zur Galvanoplastik her und führt den Lieferungen an seine Kunden eine Broschüre bei, welche die Anleitung zum Gebrauche seiner Erzeugnisse enthält. Diese Broschüre ist, wie der Angeklagte zugiebt, der Broschüre nachgedruckt, welche die Firma Dr. Langbein u. Co. in Leipzig ihren Abnehmern verabfolgt. Der Angeklagte behauptet, daß er lediglich aus Bequemlichkeit die von Dr. Langbein verfaßte Anleitung zum Vorbild genommen habe. Er bestritt, daß der Inhalt der Broschüre als ein Produkt eigener geistiger Arbeit angesehen werden könne, denn er besitze aus allgemein bekannten Sachen, die längst Gemeingut der Branche geworden seien. Er habe die Rezepte zu den galvanoplastischen Vermählungen, Verkupferungen usw. käuflich erworben und da die hierzu verwendeten Chemikalien dieselben seien, müsse auch die Anleitung zu deren Gebrauch dieselbe sein. Uebrigens trage die von Dr. Langbein verfaßte Broschüre weder den Vermerk des Verlags noch die Bezeichnung „Nachdruck verboten“, und auf Anfrage bei einem Rechtsanwalt sei ihm die Auskunft geworden, daß unter diesen Umständen der Nachdruck nicht strafbar sei. Der Sachverständige Dr. Peters begutachtete, daß die Anleitung doch als ein selbständiges geistiges Produkt anzusehen sei, wenn sie auch viele bekannte Vorschriften enthalte und im wesentlichen einen Auszug aus dem von Dr. Langbein verfaßten „Handbuch der Galvanoplastik“ enthalte. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Geldstrafe von 100 M. und der Vertreter der Firma Langbein u. Co., die als Nebenklägerin zugelassen war, beantragte außerdem ein Schadenersatz für die letztere eine Geldbuße von 100 M. Der Gerichtshof kam nicht zu einem Urteilspruch, sondern beschloß, ein Gutachten des litterarischen Sachverständigen Vereins darüber eingeholen, ob die Dr. Langbein'sche Broschüre schutzberechtigt sei.

Versammlungen.

Im **Wahlverein für den 6. Reichstags-Wahlkreis** wurde am Mittwoch in einer Generalversammlung die Specialberatung des neuen Organisationsstatuts vorgenommen. Die §§ 1 und 2 wurden in der von der Kommission vorgelegten Form einstimmig angenommen und ebenso die Absätze a und b des § 3. Ueber den Abzug dieses Paragraphen, der in der Fassung der Kommission den Wortlaut hat: (Der Zweck des Vereins soll erreicht werden durch: 1) Beratung und Leitung aller Wahlen, an denen sich die socialdemokratische Partei beteiligt,“ fand eine eingehende Diskussion statt. Der hierzu von den Genossen der Schönhauser Vorstadt gestellte Änderungsantrag, der die endgültige Aufstellung der Kandidaturen den öffentlichen Versammlungen überlassen will, wurde mit 437 gegen 340 Stimmen abgelehnt. Ebenfalls abgelehnt wurden die Änderungsanträge der Genossen des 640. Bezirks

sowie die der Bezirke 512 und 517. Dagegen wurde der Abzug a in der Form des Entwurfs der Kommission mit 883 gegen 206 Stimmen angenommen. Der § 4 des Kommissionsentwurfs gelangte nach kurzer Debatte gegen einige Stimmen zur Annahme. Zu § 5 des Kommissionsentwurfs wurde an Stelle des zweiten Absatzes, der von der Befreiung kranker und arbeitsloser Mitglieder vom Beitrag handelt, eine von den Genossen des 640. Bezirks vorgeschlagene Fassung, weil kürzer und präciser, angenommen. Zurückgezogen wurde der Vorschlag, die Extrasammlungen von der Genehmigung der Generalversammlung abhängig zu machen. Der gesamte Paragraph erhielt mit 222 gegen 196 Stimmen die Zustimmung der Versammelten unter Hinzufügung von Bestimmungen, nach welchen für unbrauchbare und verloren gegangene Mitgliedsbücher 10 Pf. zu entrichten seien und weiter jedes Mitglied verpflichtet ist, an den Arbeiten des Vereins, wie Flugblätter verbreiten usw. teilzunehmen.“ Der § 6 und der dazu von den Genossen der Schönhauser Vorstadt gestellte Änderungsantrag, der besagt, daß jeden dritten Dienstag im Monat in jeder Vorstadt eine vom Abteilungsleiter einzuberufende Mitgliederversammlung stattfinden soll, führten zu einer lebhaften Diskussion. Der Antrag der Schönhauser Vorstadt wurde schließlich mit 222 gegen 196 Stimmen abgelehnt und darauf die von der Kommission vorgeschlagene Fassung angenommen.

Darauf wurde die Generalversammlung der vorgeschätzten Zeit wegen vertagt.

Die **Tabakarbeiter und Arbeiterinnen** hielten am 4. September bei Rimmann in der Prammestraße eine gutbesuchte öffentliche Versammlung ab. Als einziger Punkt stand auf der Tagesordnung: „Wie stellt sich die Tabakarbeitergesellschaft Berlins zu dem Vorgehen der streikenden Sortierer der Firma Juhl gegenüber ihren Mitarbeiterinnen.“ Aus den Darlegungen von Max Kiesel und Dechant ist folgendes zu entnehmen. Mitte Juli entstand der Streik der Sortierer der Firma Juhl, weil die Lohnforderungen, die die 5 Sortierer gestellt hatten, nicht bewilligt wurden. Die Sortierer hatten, wie besonders hervorgehoben wurde, sich wegen der Lohnbewegung, als dieselbe im Juni unter ihnen erstört wurde, nicht mit den übrigen 95 Arbeitern der Firma verständigt. Auch als der Streik bereits im Gange war, habe der hiesige Bevollmächtigte des Sortiererevangeliums noch erklärt, daß sie die Solidarität der übrigen Arbeiter nicht brauchen. Drei Tage nach Ausbruch des Streiks seien die Pläge der Ausständigen schon besetzt, und der weitere Kampf aussichtslos gewesen. Unter diesen Umständen, und mit Rücksicht auf die schweren Kämpfe in Nordhausen sowie auf die ganze derzeitige Situation habe der Ausschuß des Tabakarbeiter-Verbandes den Sympathiestreik zu Gunsten der Sortierer nicht billigen können. Daß die Forderungen der Sortierer an sich berechtigt wären, das solle nicht bestritten werden, aber der Zeitpunkt zu einem Angriffstreik sei zu unglücklich, wie nur denkbar gewählt worden, und er müsse deshalb verloren gehen. Für das Mißlingen des Streiks werde nun seitens der Sortierer der Filialvorstand und der Ausschuß des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes verantwortlich gemacht. In Artikeln des „Tabakarbeiter“ werden derartige Vorwürfe erhoben, und sogar das Anarchistenblatt „Neues Leben“ sei benutzt worden, um Kollegen, die in der Arbeiterbewegung aktiv geworden seien, zu beschimpfen. Diese Kampfesweise der Sortierer wurde vom Referenten Kiesel und anderen Rednern ganz entschieden zurückgewiesen und auf Fälle hingewiesen, wo sich die Sortierer gegenüber andern Tabakarbeitern nicht solidarisch verhalten hätten. — Die Sortierer fröbel und Henschel suchten das Verhalten ihrer Kollegen zu rechtfertigen. Der letztere bezeichnete sich als Verfasser der Artikel im „Neues Leben“. — Nach weiterer Debatte wurde folgende Resolution (vor der Abstimmung verließen die Sortierer den Saal) einstimmig angenommen: „Die Versammlung verurteilt auf das entschiedenste das Vorgehen der streikenden Sortierer von Juhl und ihrer Helfershelfer, wodurch dieselben für ihre Fehler den Verband der Tabakarbeiter und dessen Leitung sowohl wie die hiesige Kommission verantwortlich gemacht und sogar in der böswilligsten Art und Weise als Vorstand und Leiter einer Streikbrecher-Organisation beschimpft haben. Die Versammlung bedauert es auf das lebhafteste, daß selbst die Zeitungen der in Frage kommenden Organisationen der Sortierer so wenig Verständnis für Solidarität und Rechtsgesühl als auch für wirkliche Arbeiterinteressen gezeigt haben.“

Börner rügte dann noch, daß der Konsumverein Berlin-Mixdorf bis vorvorige Woche bonkottierte Hanewaderschen Kautabal verkauft habe. Erst als die Vorstellung eines Mitgliedes hin sei der Tabak aus den Verkaufsstellen zurückgezogen worden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Chinesische Sühnmmission in Japan.

Yokohama, den 5. September. (Meinung des „Reuterischen Bureau“.) Die chinesische Sühnmmission ist heute in Tokio eingetroffen; ein Empfang fand nicht statt; die Mission begab sich direkt ins Hotel.

Essen, 5. September. (W. Z. V.) Heute nachmittag wurden zwei Gasarbeiter, welche beim Abbruch eines Saales beschäftigt waren, von einströmendem Mauerwerk verschüttet. Einer wurde getödtet, der andre tödlich verletzt.

Frankfurt a. M., 5. September. (W. Z. V.) Die „Fest. Ztg.“ berichtet aus Altenburg: Oekonomierat Dr. Seifert, Direktor der hiesigen landwirtschaftlichen Schule, ertränkte sich bei Torgau in der Elbe, vermutlich infolge großer Nervosität.

Offenbach, 5. September. (W. Z. V.) In der vergangenen Nacht hat der „Offenbacher Zeitung“ zufolge, die in der Wasserstraße wohnende Wittwe des Eisenbahnbetriebssekretärs Ulrich ihre 4 Kinder, zwei Knaben im Alter von 11 und 2 1/2 Jahren sowie vor 8 Tagen geborene Zwillinge, erdrosselt und sich dann selbst erhängt.

Leipzig, 5. September. (W. Z. V.) Von den heute gewählten 74 Landtags-Abgeordneten der Landgemeinden (Galizien) erhielten die Konservativen (Kandidaten des polnischen Central-Wahl-Komitees) 46 Mandate; sie gewannen acht. Die Ruthenen behaupteten von 15 innegehabten Mandaten 13, die polnische Volkspartei von 7 Mandaten zwei; die gemäßigten Linken, welche früher ein Mandat hatte, erhielt heute vier, die Sozialistische Gruppe, früher nur durch Vater Stojalewski vertreten, erhielt drei Mandate, der polnische Bauernbund behauptete von 4 innegehabten Mandaten drei, der Befristand der polnischen Demokraten (zwei Mandate) blieb unverändert, neu gewählt wurde ein Antifemist. Unter den Gewählten befinden sich der Lehmann des Volkstheaters v. Jarowski, der Statthalter Graf Bininski und der Landmarschall Graf Wadern.

Paris, 5. August. (W. Z. V.) Der „Liberale“ zufolge werden gegenwärtig zwischen Frankreich und Rußland Verhandlungen betreffend **Abänderung der betriebsseitigen Zolltarife** geführt. Rußland werde angeblich für gewisse Waren, insbesondere Wein, beträchtliche Zollermäßigungen gewähren, auch Frankreich werde Zugeständnisse machen und namentlich den Zoll für Petroleum herabsetzen; der neue Handelsvertrag werde noch vor der Abreise des Kaisers von Rußland aus Frankreich unterzeichnet werden und bald in Kraft treten.

Paris, 5. Septbr. (W. Z.) Der Luftschiffer Noz6 unternahm heute einen Versuch mit dem von ihm erfundenen **leuchtbareren Doppel-Luftschiff**. Der Versuch mißlang; die Maschinen und Schrauben erwiesen sich als zu schwer.

Vorauzug, 5. September. (W. Z.) Der **Blitzzug** Marcellus-Bordeaux entsetzte gestern, nachdem er einen Schaden überfahren hatte. Vier Personen sind schwer verletzt. Der Zug kam mit zweifelhäufiger Verpätung in Vorauzug an.

Belgrad, 5. Septbr. (W. Z.) Der Beamte des Kriegsministeriums Dimitrijevic erhängte sich aus bisher unbekannter Ursache.

Zur Frage der Hamburger Accordmurer.

(Schluß.)

Der § 2 des auf dem Parteitag in Mainz 1900 angenommenen Organisationsstatuts lautet:

„Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundzüge des Parteiprogramms, oder wer sich einer ehrlosen Fäulung schuldig gemacht hat. Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet ein Schiedsgericht, das der Parteivorstand beruft. Die Hälfte der Mitglieder wird von demjenigen bezeichnet, welche den Ausschluß beantragt, die andere Hälfte von den durch diesen Antrag Betroffenen. Den Vorsitzenden bezeichnet der Parteivorstand. Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den Betroffenen die Berufung an die Kontrollkommission und den Parteitag zu.“

Am 15. Juli ist dann ein Schiedsgericht zusammengetreten, bestehend aus den Genossen L. Grünwald, P. Hoffmann, F. Evers als Vertreter der drei hamburgischen Vereine, und Kosschik für Wandsb. (in Wandsb. war seitens des sozialdemokratischen Vereins derselbe Antrag gestellt), sowie den Genossen H. Ostfeld, A. Lentholt, W. Lüd und F. Viet als Vertreter der Angeklagten, und dem Genossen Auer als Vorsitzenden. Als Vertreter der Antragsteller waren die Genossen Pajlow, Hüttmann und Kober, und für die Accordmurer Bergstedt, Sah und Stüben anwesend.

Die Zusammensetzung des Schiedsgerichts war nicht — wie im Organisationsstatut vorgehien — in der Weise vorgenommen, daß die Beauftragten des Ausschusses und die Ausschließenden gleichmäßig in dem Schiedsgericht vertreten sind. Es war eigentlich gar kein Schiedsgericht im Sinne des Parteistatuts. Der Antragsteller war ungewiss, die sozialdemokratische Partei Hamburgs, vertreten durch die kombinierte Mitgliederversammlung der drei Vereine; ist dieses richtig, so war auch dieselbe oder eine spätere Versammlung derselben Art allein befugt, die Mandate für die ihr zustehenden Schiedsrichter zu vergeben oder andre störfähigsten damit zu beauftragen; dies ist aber nicht geschehen, trotzdem zwischen der ersten Versammlung, in welcher der Antrag der Accordmurer angenommen wurde, und dem Tage, an welchem das Schiedsgericht zusammentrat, am 12. Juli, wiederum eine kombinierte Versammlung tagte. Durch diese Taktik ist die ordnungsmäßige Zusammensetzung des Schiedsgerichts von vornherein vereitelt worden.

Eine ordnungsmäßige Wahl der Schiedsrichter wurde nur im zweiten Hamburger Wahlkreis und in Wandsb. vorgenommen. Im ersten und dritten Wahlkreis dagegen ernannten die betreffenden Vorstände, über die Köpfe der Mitglieder hinweg, zwei der Schiedsrichter unter der etwas eigentümlichen Begründung: der unparteiische, vom Parteivorstand bestellte Richter F. Auer habe ihnen das Datum diktiert, an dem das Schiedsgericht zusammentreten müßte.

Die von vornherein unrechtmäßige Bildung dieses Schiedsgerichts gewinnt eine erklärende Beleuchtung, wenn man weiß, daß die Vorstände der drei Hamburger Wahlkreise sich mit Händen und Füßen gegen den Antrag auf Ausschluß gewehrt haben.

In der Verhandlung des Schiedsgerichts kam man zu nachstehendem Vergleichsvorschlag:

1. Bis zum 1. September d. J. steht der Ausführung von Accordarbeit nichts im Wege und sind diesbezüglich eingegangene Verpflichtungen zu erfüllen, ohne daß Vorwürfe daraus hergeleitet werden dürfen.
2. Die Accordmurer verpflichten sich, keine Accordausträge zu übernehmen, deren Erledigung sich über den 1. Septbr. d. J. hinausziehen würde.
3. Die Vertreter des Centralverbandes treten vor Abschluß eines neuen Tarifvertrages gemeinsam mit den Vertretern der Accordmurer (Freie Vereinigung) in eine erneute Prüfung der Frage der Accordarbeit ein.
4. Die Verhandlungen über den neuen Tarifvertrag sind gemeinsam von Vertretern beider Organisationen mit den Unternehmern zu führen.
5. Die Accordmurer (Freie Vereinigung) verpflichten sich, nach getroffener Verhandlung über den neuen Tarifvertrag ihre Sonderorganisation aufzulösen und dem Centralverbande beizutreten.

Die Vertreter des Centralverbandes konnten ihrerseits nicht in allen Punkten diesem Vorschlag zustimmen, namentlich bezeichneten sie es für unmöglich, die „Freie Vereinigung“, welche sich den Streikbruch zum Prinzip gemacht, als gleichberechtigte Arbeiterorganisation anzuerkennen, mit welcher über tarifliche Fragen zu verhandeln sei; erklärten jedoch prinzipiell ihre Zustimmung zur Einigung.

Die Accordmurer lehnten die Einigung auch prinzipiell ab. Nur kam das Schiedsgericht zu folgendem unerklärlichen Beschluß:

„Das am 15. Juli 1901 in dem Konferenzsaale des „Echo“ tagende, vom Parteivorstand berufene und aus neun Personen bestehende Schiedsgericht hat nach eingehender Prüfung aller in Betracht kommenden Thatsachen den Antrag der vier Parteivereine von Hamburg und Wandsb. einstimmig abgelehnt.“

Aus dem Protokoll des Schiedsgerichts ist folgendes hervorzuhoben:

Die Frage: ob Streikbruch eine ehrlose Handlung sei, wurde zunächst einstimmig bejaht. Ebenso einstimmig wurde anerkannt, daß der Partei und ihren Organen das Recht vorbehalten bleiben müsse, als selbständige Organisation in jedem einzelnen Falle die Frage zu prüfen, ob ein Verstoß gegen die Bestimmungen des § 2 des Organisationsstatuts vorliege.

Dagegen kann niemand etwas einwenden. Voraussetzung bei jedem Schiedsgericht muß sein, daß sich dasselbe an Thatsachen hält. Dies ist aber leider nicht geschehen, wie die von uns angeführten Fakten beweisen. Nur aus diesem Grunde konnte das Schiedsgericht zur Verneinung der zweiten Frage kommen:

„Liegt in dem Verhalten der Accordmurer ein Streik- oder Sperrebruch vor und haben sich die fünfzig namhaft gemachten Mitglieder der vier Parteivereine in Hamburg und Wandsb. derselben mit schuldig gemacht?“

Beisatz des Schiedsgerichts: Einstimmig: Nein!

Zur Begehung wird angeführt: „daß der Ausgang des ganzen Konfliktes sich aus der Differenz über die Beurteilung der Accordarbeit in den beteiligten Kreisen ergibt.“

Der erste Ausschluß aus dem Verbands und die ihm folgenden gleichen Beschlässe sind erfolgt, weil die Angeklagten der Tarifvereinbarung: nur in Logelohn zu arbeiten, nicht folgen wollten.“ Es wird in dieser Begründung die Beurteilung der Accordarbeit als Differenzpunkt aufgestellt. Das war eine verkehrte Disposition, denn nicht darum konnte es sich handeln, durch dieses Schiedsgericht entscheiden zu lassen, ob Accordarbeit an sich eine ehrlose Handlung sei.

Niemand kann die Thatsache bestreiten, daß nicht davon die Rede sein kann, für alle Verufe den Grundlag aufzustellen, daß die Accordarbeit prinzipiell beilegt werden müsse. Schon der heutige Stand der Organisationen und die Arbeitsmethoden der einzelnen Verufe verbieten eine derartige Verallgemeinerung. Anders aber liegt es ja hier, und darum die absolut falsche Auffassung des Schiedsgerichts. Es handelt sich darum, zu entscheiden, ob einzelne Mitglieder, wenn eine Organisation, für deren Verufe es, wie auch

das Schiedsgericht anerkennt, aus allen möglichen Gesichtspunkten gerechtfertigt ist, für die Abschaffung der Accordarbeit zu streben, sich über den mit überwältigender Mehrheit gefaßten Beschluß einfach hinwegsetzen dürfen, ohne sich einer ehrlosen Handlung schuldig zu machen. Setzt man an die Stelle der Accordarbeit jede andre der üblichen für die Organisation in Betracht kommenden Forderungen: höheren Lohn, Verkürzung der Arbeitszeit, Beseitigung gesundheitsgefährlicher Arbeitsmittel usw., und es wird sich die Halloffigkeit eines derartig entscheidenden Standpunktes ergeben. Es ist wünschenswert, keinen Unterschied zu finden darin, ob ein Berufsgenosse während des Kampfes hingeht und sich zu einem geringeren Lohne als um den, um welchen gekämpft wird, zur Arbeit stellt, oder ob es sich in dem Kampfe anstatt um höheren Lohn um die Beseitigung der Accordarbeit handelt. Welche Konsequenzen würde es zeitigen, wenn derartige Handlungen nicht mehr als „ehrlös betrachtet werden“ sollten. Kurz: Das Schiedsgericht hatte einfach festzustellen, ob die mit dem Ausschluß Bedrohten Streikbruch begangen haben, und zwar dadurch, daß sie die von der zuständigen Organisation gegebenen Bauten besetzten, wodurch die in Frage kommenden Unternehmer in die Lage versetzt wurden, trotz des Streiks oder der Sperrere ihre Arbeiten unter Bedingungen fertig zu bekommen, welche gegen den geltenden Tarif verstößen. Wäre die Frage noch von diesem allein maßgebenden Gesichtspunkte aus behandelt, hätte das Schiedsgericht zu keinem andern Beschluß kommen können, als einstimmig zu bejahen, daß Streikbruch vorliegt.

Beweis für die wenig der Bedeutung der Sache entsprechende Behandlung durch das Schiedsgericht ist der Fall Dahl, wodurch eine Anzahl Maurer in der schwächsten Weise mit Hilfe der Accordmurer um ihren lauer verdienten Lohn gebracht sind, trotzdem seitens der Verbandsvertreter dem Schiedsgericht die amtlichen Dokumente über diesen Fall unterbreitet wurden.

Geradezu unbegreiflich ist der Standpunkt des Schiedsgerichts, daß die Angeklagten von ihrem Standpunkte aus sich in Rot- und Schwarz befanden, wenn sie als Streik- resp. Sperrere arbeiteten. Selbst bei der Berichtigung von Zimmerarbeit befanden sich die Streikbrecher nach dem Spruche des Schiedsgerichts in der Rotwehr. Das Schiedsgericht läßt sich darüber aus wie folgt:

„Haben einzelne Maurer Zimmerarbeiten auf gesperrten Bauten verrichtet?“

Beisatz des Schiedsgerichts: Einstimmig: Ja!

Es ist aus den Verhandlungen klar ersichtlich, daß auf einem Bau die Accordmurer Zimmerarbeiten verrichteten, soweit diese notwendig waren, um die Maurerarbeiten fortsetzen zu können.

In dem bezeichneten Falle haben die beschäftigten Zimmerer mit den Verbandsmurem gemeinsame Sache gemacht und die Arbeitsstätte verlassen, weil sie mit den beschäftigten Accordmurem nicht gemeinsam weiter arbeiten wollten. Das Schiedsgericht ist in seiner Mehrheit der Ansicht, daß auch hier die Accordmurer in eine Zwangslage versetzt waren, die bei Aburteilung des Falles zu ihren Gunsten spricht.

Wenn eine derartige Anschauung Platz greifen sollte, dann würde es für die Zukunft überhaupt keine Streikbrecher mehr geben, denn den Beweis zu erbringen, daß man sich im Sinne des Schiedsgerichts in einer Zwangslage befand, dazu wird jeder, welcher sich über die Beschlässe seiner Organisation hinwegsetzt und zum Streikbrecher wird, fähig sein.

Hoffentlich wird die gesamte Arbeiterschaft in dieser Sache anderer Meinung als unsere Schiedsrichter sein, sonst könnte aus diesem „salomonischen“ Urteil eine heillose Verwirrung unter der organisierten Arbeiterschaft entstehen.

Es wurde weiter beim Schiedsgericht die Frage aufgeworfen: Ist in der „Freien Vereinigung der Accordarbeiter“ ein Beschluß gefaßt worden, dahingehend: sich den Unternehmern in allen Fällen zur Verfügung zu stellen?

Beisatz des Schiedsgerichts: Einstimmig: Nein!

Nach dieser Art der Fragestellung wird das einstimmige „Nein“ des Schiedsgerichts allerdings bis zu einem gewissen Grade verständlich. Aber nicht darin liegt der Schwerpunkt, daß die Accordmurer beschlossen haben, sich in allen Fällen zur Verfügung zu stellen, sondern darin, daß sie überhaupt niemals, und wenn auch nur in einzelnen Fällen oder gar nur in einem einzelnen Fall, einen derartigen Beschluß gefaßt, und worauf es wesentlich ankommt, den Beschluß auch ausgeführt haben. Daß aber sogar der Beschluß vorliegt (daß er ausgeführt wurde, kann nach den vorliegenden Thatsachen nicht mehr streitig sein), beweist das eigne Protokollbuch der „Freien Vereinigung“, wo es (siehe Schiedsprotokoll) unterm 30. Oktober 1900 u. a. heißt: „... dagegen, wo es sich um Einführung von Accord, sowie Weigerung anderer Maurer, mit Mitgliedern der „Freien Vereinigung“ zusammen zu arbeiten, handelt, jeder Zeit die Arbeitsstellen zu besetzen; ...“ Und weiter unterm 14. Mai 1901:

„Es wird mitgeteilt, daß die Verbandsgenossen und Zimmerer die Arbeit beim Bau des Herrn Baumgarten eingestellt haben, um nicht mit den Mitgliedern der „Freien Vereinigung“ zusammen zu arbeiten. Dieses wurde einer scharfen Kritik unterzogen und die Mitglieder aufgefordert, weil es sich um unsere Vernichtung handelt, die Banstelle zu besetzen.“

Danach sieht sich, daß die Accordmurer mit vollem Bewußtsein und klarer Absicht beschlossen haben, sich den Unternehmern in den Fällen zur Verfügung zu stellen, wo es sich um gesperrte Bauten oder um die übliche Anschauung seitens der organisierten Maurer handelt, mit Streikbrechern nicht zusammen arbeiten zu wollen.

Danach stellt sich dieser Teil des Schiedsprotokolls als absolut unrichtig dar, da das Wesentliche der aufgeworfenen Frage auf Grund des selbst vom Schiedsgericht angeführten Thatsachenmaterials ohne weiteres hätte bejaht werden müssen.

Reben der Beschuldigung des Streikbruchs hielt das Schiedsgericht es allerdings auch für notwendig, den Streikbrechern einige Ermahnungen zukommen zu lassen, welche darauf hindeuten sollten, daß, trotzdem die „Zwangslage“ der Accordmurer anerkannt, ihr Verhalten doch bedauerlich sei. Die Mehrheit des Schiedsgerichts stimmte darin überein, daß das Verhalten der Accordmurer ihrer Organisation gegenüber im Interesse der für die Kämpfe der Arbeiter so absolut notwendigen Solidarität auf das tiefste zu bedauern sei!

Dieses Verhalten erschien der Mehrheit des Schiedsgerichts um so bedauerlicher, als dessen Mitglieder, mit Ausnahme eines einzigen, auf dem Standpunkte stehen, daß die Abschaffung oder doch möglicste Einschränkung der Accordarbeit eine Aufgabe sei, deren Lösung von den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern auf das entscheidendste anzustreben ist. Besonders im Baugewerbe sei mit der durch die Accordarbeit fast immer verbundenen Treiberei und Hag die Möglickeit von Gefahren für Gesundheit und Leben der beteiligten Arbeiter durch zahlreiche Unfälle so nahe gelegt, daß der Widerstand von Arbeitern gegen die Beseitigung dieser Arbeitsmethode fast unbegreiflich erscheint.

Die überwiegende Mehrheit des Schiedsgerichts steht in der Beurteilung der Accordarbeit auf den Grundfragen, wie sie von den Vertretern des Centralverbandes der Maurer bei dem Abkommen mit dem Innung hochgehalten wurden.

Das Schiedsgericht beschloß deshalb ausdrücklich, seine Sympathie für das Bestehen des Verbundes, die Accordarbeit für das Baugewerbe abzuschaffen, auszusprechen.

Damit aber aus dieser Royalpredigt nicht irgend jemand trotzdem herauslesen könnte, daß seitens der Accordmurer ehrlös gehandelt

sei, wird sofort die Sache wieder beschönigt und zur Entschuldigung des Streikbruchs vorgeführt:

„Das System der Accordarbeit ist im Baugewerbe stark verbreitet, besonders in Hamburg, wo bis vor wenigen Jahren die Accordarbeit die fast allgemein angewendete Arbeitsmethode war.“

Die Angeklagten haben bei dieser Arbeitsmethode seit Jahren ihr Einkommen gesucht und, recht und schlecht, auch gefunden. Sie sind überzeugt, daß das, was sie seit Jahren im Bunde mit ihren Kollegen und gewerkschaftlichen und politischen Kampfgenossen gemeinsam gelebt haben, nun unmöglich mit einem Schlag eine ehrlose Handlung geworden sein könne.“ Daß es den Accordmurem nicht zum Bewußtsein gekommen ist, daß ihr Streikbruch eine uneheliche Handlung sei, ist doch wahrlich etwas so Naiv, wenn man sich vergegenwärtigt, daß unter andern der Accordmurer Stüben früher (siehe Seite 3) für die Beseitigung der Accordarbeit eingetreten ist. Dieser Fallus des Schiedsprotokolls ist geeignet, alle bisherige Agitation wirkungslos zu machen. Das Streben nach Fortschritt ist das Wesentliche der modernen Arbeiterbewegung und aller Agitation. Eine unmittelbare Folge dessen ist es, daß das bewußte Juridizieren zu überwindenden Arbeitsbedingungen im Gegensaße zur eignen Berufsorganisation, und zwar ohne zwingenden Grund, als das schwerste Vergehen gegen die Organisation angesehen und behandelt worden ist. Das mit einem Federstrich anders gestalten zu wollen, für derartige Vergehen gegen Beruf und Organisation Entschuldigungen zu finden, ist eine Anschauung, die nicht energisch genug belämpft werden kann.

Aus den bisher angeführten Thatsachen müßte doch auch das Schiedsgericht zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß lediglich Raffgier und Egoismus das treibende Motiv der Handlung dieser Leute ist.

Das demagogische Treiben der Macher dieser „Freien Vereinigung“ erhebt sich für jeden Kenner der Bewegung außerdem aus der Thatsache, daß der Antrag für die Organisation monatlich 30 Pf. beträgt, und ihre Parole lautet: „Keine bezahlte Vereinsbeamte“. Damit sucht man dem „jüngeren“ Verband die Mitglieder abzujagen.

Daß auch das gegen diesen Schiedsprotokoll angeführte Urteil der Controleure der Partei gleichfalls einstimmig sich diesem alle bisher in der Partei maßgebenden Begriffe auf den Kopf stellenden Schiedsprotokoll anschließen konnte, wird für alle Zeiten den im wirtschaftlichen Kampfe stehenden organisierten Arbeitern ein Rätsel bleiben.

Um sich nicht den Vorwurf machen zu müssen, irgend etwas verkannt zu haben, was zur Klärung in dieser Sache, welche namentlich dem Parteitag in Lübeck zur Entscheidung anheimgegeben ist, dienen könnte, hat sich das Hamburger Gewerkschaftsblatt verpflichtet gefühlt, in dieser Form das Thatsachenmaterial in gedrängter Kürze den Vertretern der organisierten Arbeiter Deutschlands, welche sich hoffentlich ihrer Verantwortung bei dieser schwerwiegenden Organisationsfrage bewußt sein werden, zu unterbreiten.

Die Resultate der oft betonten Hamburgerei auf politischem wie auf gewerkschaftlichem Gebiete, d. h. das Festhalten und die stielte Durchführung einmal gefaßter Beschlässe, berechtigen die organisierten Hamburger Genossen wohl zu dem Verlangen, daß dem Ernst der Situation entsprechend mit größter Vorsicht verfahren wird seitens derjenigen Genossen, welche berufen sein sollen, auf dem Parteitag in Lübeck diese Angelegenheit zu entscheiden, damit nicht durch die sozialdemokratische Partei, entgegen dem § 2 ihres eignen Statuts, die Einheitslichkeit des proletarischen Massenkampfes gefährdet werde.

Die Kommission des Hamburger Gewerkschaftskartells.

34. Jahreskongreß der englischen Gewerkschaften.

London, 3. September.

Der Kongreß trat gestern in Swansea zusammen. Es sind 400 Delegierte anwesend, darunter mehrere Frauen. Die Zahl der organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen, die auf dem Kongreß vertreten sind, beläuft sich auf etwa 1 250 000. Nicht vertreten sind die Maschinenbauer (Engineers), die Verleiher von Northumberland und Durham, sowie eine ganze Reihe kleiner Organisationen. Die Maschinenbauer waren bekanntlich auf 2 Jahre vom Kongresse ausgeschlossen; wohl durften sie neuer in ihre alten Rechte wieder eintreten, es ist indes immer leichter zu zerstören, als zu vereinigen. Die Verleiher von Northumberland und Durham nahmen bekanntlich in der Frage des Achtstundentages eine von den übrigen Verleiher abweichende Haltung ein und wählten deswegen im Jahre „unangenehme“ Reden von ihren Gegnern hören; sie beschloßen also, den Kongreß nicht mehr zu besuchen.

Wie gestern berichtet wurde, übernahm Mr. Boverman (vom Londoner Schiffsleger-Verband) den Vorsitz; zum zweiten Vorsitz ernannte Boverman die Anwesenden zur Eingkeit, die gegenwärtig mehr denn je notwendig sei. „Unsre Feinde sind bestrebt, die Macht, die wir uns erkungen, zu verkürzen. Wir benötigen unsre Macht weder zum Schaden der Nation, noch zum Schaden der Unternehmer-Interessen, sondern zum Wohle der Arbeiter im allgemeinen. Ich zweifle, ob die Arbeiter ihre Macht begreifen. Die Resultate der letzten Wahlen berechtigen mich wohl zu diesem Zweifel.“ (Zustimmung.) Hierauf sprachen die Bürgermeister von Swansea, drei bürgerliche Abgeordnete und zwei Geistliche, die mit den gewerkschaftlichen Bestrebungen sympathisierten und sich darüber freuten, daß die Zeit des Klassenstaats (class legislation) im Verschwinden begriffen sei. Nach diesen rebanlichen Reden meldete sich der Delegierte Cronie, Sekretär der organisierten Stahl- und Eisenarbeiter von North-Anarshire, zum Wort; aber seinem Verlangen wurde nicht entsprochen. Cronie gehört zu den fortgeschrittensten Arbeitern Schottlands. — Im Namen des Gewerks- und Arbeitsrats von Swansea begrüßte Mr. Jenkins die Delegierten und fuhr dann fort: „Ich stimme mit dem Bürgermeister darin überein, daß Streiks keine guten Waffen sind. Streiks sind ebenso veraltete stumpfe und beschwerliche Kampfmittel, wie die Kanonen, die unsre Regierung nach Südafrika sandte (Heiterkeit). Aber unter den obwaltenden Umständen müssen sie von den Trades-Unions als ultima ratio benutzt werden.“ — Mr. Sam Woods, Sekretär des parlamentarischen Komitees, dankte sodann den Gästen und den Einwohnern von Swansea für ihre freundlichen Gesinnungen dem Kongreß gegenüber und verlas dann den Jahresbericht.

Wir entnehmen dem Bericht folgende Stellen: „Zudem wir den 34. Jahresbericht dem Kongreß überreichen, bemerken wir, daß im Berichtsjahr viele Fragen vorgekommen sind, die für die Gewerkschaften von tiefem Interesse sind. Obgleich nur wenige legislative Maßnahmen ergriffen wurden, giebt es doch einige Arbeiterrechte, die im Laufe des Jahres bedeutende Verbesserungen erfahren haben. Das gilt besonders von den Gesetzen über Unfallentschädigung. Die in diesen Fragen geführten Prozesse sind überall zu unsren Gunsten ausgefallen. ... Irgeend welche industrielle Reformen zum Wohle der Arbeiter ist von diesem Parlamente nicht zu erwarten. Die Regierung vereitelt derartige Versuche. ... In Bezug auf die Erziehungsfrage sind es klar, daß jeder Freund der Volkserziehung die Handlungen der Regierung bewachen muß, damit ihre Schulpolitik nicht zur Verletzung oder gar zur Vernichtung aller höheren Volksinteressen führt. ... Die Beschlüsse der Postbeamten über die Beschränkung ihrer politischen Rechte haben zwar, Dank der energischen Agitation der Postbeamten, einige Verleumdungen erfahren, aber es bleibt noch die Richtung hin noch wichtiger zu wünschen übrig. ... Die wichtigste aller Fragen ist die Entscheidung der Lords in Sachen der Taff-Val-Eisenbahn. Sie übertrifft alle andern Fragen. Wir haben in den letzten zwanzig Jahren bedeutende Geldsummen auf Rechtsentscheidungen ausgegeben, um unsre Klassen zu schützen“

Wir hatten geglaubt, daß unser Zweck erreicht war. Eine ganze Reihe von bedeutenden Männern waren früher derselben Ansicht, so Friedrich Horstmann, Wundella, Richter Wright, Georg Hovell und auch die Richter der zweiten Instanz, die über den in Frage stehenden Prozeß zu entscheiden hatten. Die Entschiede der Lords und ihre Begründungen greifen in die Lage der Gewerkschaften so tief ein, daß wir uns sofort an unsere Rechtsbestände um Rat wandten. Er kam zum Schlusse, daß es unmöglich sein wird, einen Streit als nur einigermaßen erfolgreich zu führen, ohne illegale Handlungen zu begehen. Die Verantwortlichkeit ist eine korporative; unsere Kräfte sind nicht mehr geschäftig. Jedoch meint unser Rechtsbestand, daß es durch eine Veränderung der Gewerkschaftstatuten vielleicht möglich sein dürfte, einen Teil unseres Vermögens außer Gefahr zu bringen. ... Sonst haben wir verschiedene Erfolge nach mehreren Richtungen hin zu verzeichnen. Infolge unserer Deputation bei den obersten Sechsböden wurde den Arbeitern auf Regierungswerkstätten eine Lohnverhöhung gewährt und weitere Reformen in Aussicht gestellt. ... Der Bericht zeigt ferner auf die Vorgänge der neuen Fabrikakte hin, die den Lesern des „Vorwärts“ bereits bekannt sind.

Nach Verlesung des Berichts wurde der Kongreß auf morgen vertagt, wo die eigentlichen Verhandlungen durch eine Inauguraladresse des Präsidenten eröffnet werden.

Die ersten Folgen der Rechtsentscheidung der Lords machen sich bereits bemerkbar. Die Gewerkschaft der Eisenbahnarbeiter in der Person ihres Sekretärs Mr. Bell wurde vorige Woche von der Leitung der East-Than-Bahn auf einen Schadensersatz von nicht weniger als 20 000 Pf. Sterl. (ca. 400 000 M.) gerichtlich belangt.

Gegen die streikenden Textilarbeiter der Firma Gebrüder Wankner und Moore in Blackburn wurde ein Einhaltsbefehl erlassen, auf Grund dessen sie die aufgestellten Wachtposten sofort zurückzuziehen und sich jeder Beeinflussung der Streikbrecher zu enthalten haben. Der Befehl wurde dem Sekretär Josef Croft, der sich als Delegierter beim Trades-Union-Kongreß befindet, gestern in Swansea eingehändigt.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Erster Berliner Reichstags-Wahlkreis. Am Dienstag, den 10. September, abends 8 Uhr, findet in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20, eine Volksversammlung statt, in welcher Rechtsanwalt Victor Franke über „Die Gumbinner Militärjustiz“ sprechen wird. Um zahlreiches Erscheinen erluchen die Vertrauenspersonen.

Vierter Wahlkreis, Süd-Ost. Am Sonntag, den 15. September, früh 9 Uhr, findet in der Urania, Lützenstraße, eine Sonderveranstaltung für den Wahlverein statt. Die Genossen werden gebeten, noch in ihren Händen befindliche Willets zu dieser Veranstaltung, welche nicht verkauft sind, dem Schriftführer Künze, Mantelstr. 119, vorn 1. Et., bis spätestens Mittwoch, den 11. d. M., abends einzuliefern, wenn sie nicht als verkauft gelten sollen. Auch sind von diesem Tage an noch Willets dafelbst zu entnehmen.

Der Vorstand.

Birkenwerder (Bezirk Weissensee). Sonntag, den 8., veranstalten die organisierten Genossen von Birkenwerder und Umgebung in dem dicht an der Bahn gelegenen Lokal von Ebel, Restaurant „zum Bobdensee“, ein Volksfest. Die Genossen werden ersucht, die Veranstaltung dieser jungen Organisation zu unterstützen.

Der Kreis-Vertrauensmann:
Adolf Gatz, Weissensee, Lehdenstr. 5.

Lokales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

In der gestrigen Sitzung, der ersten nach den Sommerferien, ging es sogleich recht lebhaft her. Die Bürgermeisterfrage, die auf der Tagesordnung stand, hatte den Saal fast bis auf den letzten Platz gefüllt. Auch die Tribünen waren gut besetzt. Wer aber erwartet hatte, daß der Freisinn die Gelegenheit benutzen werde, vor aller Welt seinen „Männerstolz vor Königsthronen“ zu bekunden, der sah sich getäuscht. Die Herren Cassel und Rosenow, die Sprecher der „Alten Linken“ und der „Neuen Linken“, suchten zwar sich und ihre Parteifreunde durch reichlichen Gebrauch von allerlei recht forscht klingenden Worten vor der Körperschaft in ein möglichst vorteilhaftes Licht zu setzen, im übrigen aber trugen sie die die- und wehmütige Bitte vor, die Krone möge ein Entschessen haben und den Bürgermeister-Kandidaten Herrn Stadtrat Kauffmann noch einmal präsen. Besonders Herr Cassel erschöpfte sich in Lokalisierungsversicherungen aller Art und mühte sich redlich ab, den Nachweis zu führen, daß Herr Kauffmann bei Lichte besehen ein auch für die Krone ganz acceptabler Kandidat sei. Unser Genosse Singer gab die Erklärung ab, daß die sozialdemokratische Fraktion wiederum für Kauffmann stimmen wird, geißelte aber den Byzantinismus, den der Freisinn in dieser Frage an den Tag lege, und wies mit rücksichtsloser Schärfe nach, daß es sich hier trotz der Bemäntelungen um einen Kampf der Stadtvertretung gegen die Krone handelte. Die Versammlung beschloß, die Wahl bereits in der nächsten Sitzung vorzunehmen.

In der Angelegenheit der 4. Carl-Steuer kamen unsere Genossen, in deren Namen Dr. Bruns in interessanter Rede den Standpunkt der Fraktion darlegte, wieder einmal in die Lage, Schulter an Schulter mit dem Magistrat gegen den unsozial gesinnten Teil der Versammlung zu kämpfen. Auf freisinniger Seite haben sich die Herren Cassel und Walla durch hartnäckigen Widerstand gegen die vom Magistrat empfohlene Aufhebung dieser Steuerstufe hervor.

In der Vorlage, betreffend eine Reparatur am Kaiser und Kaiserin Friedrich-Kinder-Krankenhaus, das im nächsten Jahre endlich in städtische Verwaltung übergehen soll, erwähnte unser Genosse Dr. Freudenberg die skandalösen Zustände im Elisabeth-Kinder-Hospital, die vom „Vorwärts“ ausgedeckt und von dem größten Teil der bürgerlichen Presse entweder beschönigt oder ganz mit Stillschweigen übergangen worden sind. Die Stadtgemeinde, führte Freudenberg aus, sei vorläufig leider noch genötigt, auch diese Anstalt für ihre Kranken mitzubedenken. Sie müsse sich aber durch Vermehrung ihrer eignen Anstalten von solchen Privatinstituten höchst zweifelhafter Natur freizumachen suchen. Stadtrat Strachmann erwiderte, bei den im Elisabeth-Kinderhospital vorgekommenen Anstaltungen handele es sich gar nicht um Tripper, sondern um gewöhnlichen Ausfluß. Offiziell sei der städtischen Verwaltung überhaupt nichts darüber mitgeteilt. Herr Strachmann weiß eben nicht, daß sowohl dem Vertreter unseres Blattes als auch den Eltern der angelegten Kinder von dem behandelnden Arzt selber angegeben worden ist, daß es sich um Tripper handelt. Es ist in der That ein starkes Stück, daß der Degenerent des städtischen Gesundheitswesens über diese auch für die Kommunalverwaltung durchaus nicht gleichgültige Angelegenheit noch heute nicht unterrichtet ist und sich darauf berufen zu dürfen glaubt, daß bis jetzt noch nichts in seinen Akten steht.

Die Presse und die Bürgermeisterfrage.

Das unerfüllte Verlangen zum Monarchen, daß die Liberalen vor allen andern Reichstagsmitgliedern ausgesprochen, spiegelt sich von neuem in einem Artikel des „Berliner Tageblatt“ wieder. Nachdem in der Bürgermeisterfrage mit der zum eigenen Bestand des Liberalismus gehörenden Phrase operiert worden, daß

dem schlecht unterrichteten König an den besser zu unterrichtenden König appelliert werden müsse, heißt es in Bezug auf das konservative Stichwort von der im Werk befindlichen kommunalfreistimmigen Kraftprobe: „Das wäre eine Kraftprobe! Eine rücksichtslos ihre Privatinteressen verfolgende Clique würde unter Umständen auch davor nicht zurückweichen. Allein ein über den Parteien stehender König kann schon seiner inneren Natur nach gar nicht zu einer solchen Aufassung seiner eignen Nachstellung gegenüber den Wählern gelangen.“

Die konservative Presse treibt natürlich mit sehr vielem Behagen den Spieß, die doch wirklich so all und jeder Lokalisierungsgebung fähigen Kommunal Liberalen als die blutrünstigen Revolutionäre hinzustellen, die sich partout mit dem Monarchen überworfen wollen. Ein lobiger Separatartikel der „Konservativen Korresp.“ wirft den Liberalen mit bisfemem Spott den Fehler vor, daß sie nicht vorher angefragt haben, ob Herr Kauffmann auch dem König genehm sei. Wie sie das hätten anfragen sollen, wird allerdings nicht gesagt. Es hätte ja seine Schwierigkeiten gehabt, besonders angeht das als unbestrittene Thatsache gemeldeten Umstandes, daß die Regierung, d. h. das Ministerium, durchaus nichts an Herrn Kauffmann auszusuchen hatte und von der Entscheidung des Monarchen selber sehr überrascht gewesen ist. Es fehlt nur noch, daß die „Kons. Korresp.“ die Zeit vor zweihundert Jahren zurücksetzt, wo die Bürgermeisterfrage insofern ziemlich einfach war, als von Friedrich I. ein königlicher Kammerdiener zum Oberhaupt der Stadt ernannt wurde.

Ein Artikel des „Reichsboten“ heißt die Regierung ebenfalls gegen die „liberale Clique“ auf, die in den Parlamenten keinerlei Macht mehr habe, sich in Berlin aber unter Anwendung von allerhand Beeinflussungen aufrecht zu erhalten wisse. Mit einem Kampf gegen diese Clique, so heißt es, würde der großen Mehrzahl der Berliner Bürger aus dem Herzen gesprochen sein, ein Wort, welches dem konservativen Blatte lieber nicht hätte entgehen sollen. Denn um die Meinung der großen Mehrheit der Berliner Bürger zu erproben, ist die Uebertragung des Reichstags-Wahlrechts auf die Kommunalwahlen das einzig probate Mittel. Es dürfte dem konservativen Einfluß gar nicht schwer fallen, dieses an die Stelle des Klassen-Wahlrechts zu setzen. Unter dem Reichstags-Wahlrecht würde der Kommunalfreistimm in der That wie die Spreu vor dem Winde zerfliegen. Ob aber zur Freude der Konservativen, bleibe dahingestellt.

Herr Stadtrat Vail soll nach dem Antrage des Magistrats das Prädikat „Stadthalter“ erhalten. Herr Vail gehört dem Berliner Magistrat seit dem Jahre 1884 an und will sein Amt aus Gesundheitsrücksichten und weil er seinen Wohnsitz nach Charlottenburg verlegt, niederlegen. Daß er sich um die Gemeinde Berlin besonders verdient gemacht hat, wird von keiner Seite behauptet, auch nicht in der Magistratsvorlage. Zu einer recht sonderbaren Verächtlichkeit ist er erst gelangt durch die Ablehnung der Rantenhäuser, worin er sich in Gemeinschaft mit seinem Kollegen Strachmann und dem Altmeister Kallisch wiederholt versucht hat. Wozu glänzend war seine Art der Beweisführung hierbei allerdings nicht. Wir wollen aber in der Beurteilung seiner Person gern Milde walten lassen. Herr Stadtrat Vail war ein vielbeschäftigter Herr, der vielleicht infolge seiner vielen Nebenämter nicht in der Lage war, sich um die städtischen Angelegenheiten so eingehend zu kümmern, als notwendig wäre, um gegen die, namentlich von den Sozialdemokraten in der Krankenhausfrage vorgebrachten wichtigen Anklagen gewappnet zu sein. Herr Stadtrat Vail war außer einer Magistratsperson noch Mitglied des Aufsichtsrats bei der Diskontogesellschaft Berlin, der Marienburg-Mlawkaer Eisenbahn, der Großen Berliner Straßenbahn, der Deutschen Grundcredit-Bank, der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft, der Union Aktiengesellschaft und der Zuckerraffiniererei Körbisdorf.

Wenn die Zantienen dieser Gesellschaften nur einigermaßen mit der dafür geleisteten Arbeit im Verhältnis stehen, dann scheint es uns schon verständlich, daß Herr Vail das unbedeutende Amt eines Stadtrats los sein will. Aber noch auf einen andern Umstand möchten wir bei dieser Gelegenheit aufmerksam machen.

Unser Parteigenosse Singer hat bei früheren Gelegenheiten wiederholt darauf hingewiesen, wie verderblich es ist, wenn Mitglieder der städtischen Verwaltung zugleich Aufsichtsrats- oder Mitglieder namentlich solcher Gesellschaften sind, die mit der Stadtgeschäftslich zu thun haben. Die Frage z. B., ob die Straßenbahn in städtische Regie übernommen werden soll, ist von einem Aufsichtsrats-Mitgliede dieser Gesellschaft um so schwieriger zu entscheiden, als sein eignes materielles Interesse dabei in Mitleidenschaft gezogen wird. Herr Vail hat diese schwierige Aufgabe gelöst. Er war bereits in der Zeit, als es sich für Berlin um die Verlängerung des Vertrages mit der Straßenbahngesellschaft handelte, Aufsichtsratsmitglied dieser Gesellschaft und hat trotzdem als Stadtrat von Berlin die Interessen der Stadt wahrgenommen. Vielleicht traut Herr Vail es sich für die Zukunft nicht mehr zu, die Interessen beider Körperschaften wahrzunehmen, und wenigstens scheint es erklärlich, wenn schließlich auch die Kräfte des Widerstandsfähigsten bei solcher Beschäftigung erlahmen. Es freut uns deshalb aufrichtig, daß Herr Vail diesem Konflikt aus dem Wege geht und nimmere seine ganze kostbare Zeit den schwierigen und arbeitsreichen Aufsichtsrats-Aemtern widmen kann.

Das wären die Verdienste, die sich Herr Vail um die Stadt erworben hat. Ob gerade sie geeignet sind, ihm den Titel eines „Stadthalter“ zu verleihen, wagen wir bei unsrer Unkenntnis in Rang- und Titulaturfragen nicht zu entscheiden.

Unbezahlbar ist die freisinnige Presse, wenn sie den Versuch unternimmt, die Zweckmäßigkeit von Anträgen der sozialdemokratischen Stadtverordneten-Fraktion hinwegzudisputieren. Zu dem gestern von uns veröffentlichten Antrag betreffend das Recht auf Krankenhäuser meint die „Berliner Zeitung“:

Der Antrag bezweckt, den Verlust des Wahlrechts wegen rüchständiger Kurkosten zu verhindern, ist aber natürlich unannehmbar. Es ist nicht einzusehen, warum jeder, auch der Millionär, Anspruch darauf haben soll, in den städtischen Krankenhäusern unentgeltlich aufgenommen zu werden.

Wir glauben dem freisinnigen Blatt vorzulegen zu können, daß die sozialdemokratische Fraktion ihren Antrag zurückziehen wird, sobald es uns den ersten Millionär herbeischafft, der bereit wäre, es im Krankenhause auf eine Behandlung dritter Klasse im Krankenhause ankommen zu lassen.

Im städtischen Obdach sollen, wie die Verwaltung dieser Anstalt durch den magistratsamtlichen Berichtstatter verbreiten läßt, keine Familien nach den für nächtlich Obdachlose gültigen Grundsätzen behandelt worden sein. Es würden überhaupt alle Obdachlosen nur nach einem Grundsatz behandelt. Unter dem zweiten Satz verbürgt sich anscheinend wieder irgend eine armelige Wortklauberei. Gibt es denn im städtischen Obdach nicht zwei getrennte Abteilungen, eine für nächtlich Obdachlose und eine für Familien? Sind denn das keine verschiedenen Grundsätze, wenn man die Insassen der einen Abteilung nur in der Nacht beherbergt und ihnen nur einen Abend- und Morgenimbibé reicht, während die Insassen der anderen Abteilung, sofern sie nicht Arbeit haben oder sich nicht auf der Suche nach Arbeit beziehungsweise nach einer Wohnung befinden, sich auch am Tage in der Anstalt aufhalten dürfen und volle Tagesverpflegung erhalten? Oder ist das seit gestern mit einem Male alles anders geworden? Wenn es nicht wahr sein soll, daß Familien nach den für nächtlich Obdachlose gültigen Grundsätzen behandelt worden sind, wenn alle Familien nach denselben Grundsätzen behandelt werden, dann wäre es also auch nicht wahr, daß Frauen gezwungen worden sind, das Obdach morgens um 6 oder bald nach 6 mit ihren Kindern zu verlassen? Kann das die Obdachverwaltung bestreiten? Kann sie bestreiten, daß diese Frauen daran verhindert worden sind, das Obdach am Tage zu betreten? Kann sie bestreiten, daß ihnen außer dem Morgen- und Abendimbibé keine

Verpflegung weiter gewährt worden ist? In wessen Auftrag ist denn das geschehen? Angesichts dieser uns überraschenden Widersprüche bleibt nur die Annahme übrig, daß die Insassen des Obdachs thatsächlich nicht so behandelt werden, wie sie nach dem Sinne der Vorschrift behandelt werden sollen. Die Art der Behandlung, von der die Verwaltung spricht, scheint nur auf dem Papier zu stehen.

Die Zweihundertjahrfeier des Gesundbrunnens hatte gestern nachmittags ein zahlreiches Publikum in die festlich mit belaubten Fahnenmasten geschmückten Straßen im äußersten Norden der Stadt gelockt. Die Straßen in der Nähe der hübschen, im Hochgebirge erbauten Volkshalle in der Christianialstraße, die Bad-, Schul-, Wiesen-, Paul- und Grenzstraße, waren dichtgedrängt mit Reugierigen. Besondere Aufmerksamkeit erregte der erste Teil des Festzuges, der die Geschichte des Stadtteiles illustrierte. So der Wagen der Verolina mit den Ratsherren in altdautischer Tracht, der Wagen aus der Zeit, da die Quelle zur richtigen Würdigung gelangte — mit dem König Friedrich I., der Wagen mit der Deputation unserer städtischen Behörden, den Herren Stadtverordneten usw. Drei Musikkapellen waren in dem reichhaltigen ersten Teil des Festzuges verteilt. Aber auch der zweite Teil des Festzuges, der die Industrie darstellte, war recht interessant gruppiert. Die vielen Brauereien, die Eiswerke und die anderen Industrien des Nordens hatten ihren reichen Jahrsparl mit Blumen und frischem Grün geschmückt. Auch der Dumor brachte sich in dieser Abteilung zur Geltung. Auf einem großen Wagen war eine ganze Gruppe alter Kaffeeschwestern aus der lieben Biedermeierzeit um eine Nieren-Kaffeekanne versammelt, und ein primitiver Karrenwagen veranschaulichte draßlich die Müllabfuhr vor hundert Jahren.

Der Fluchtversuch eines Gefangenen brachte gestern im Kriminalgerichtsbauhof Aufregung hervor. Es waren 5 Gefangene dem Untersuchungsrichter zur Vernehmung vorgeführt worden, darunter einer aus der Strafanstalt Blöhensee, der deshalb nicht wie die übrigen Gefangenen Pantoffeln, sondern Stiefel trug. Als der Rücktransport der Gefangenen erfolgte, verfehlte der Gefangene dem neben ihm gehenden Gerichtsdiener Tschoske plötzlich einen so heftigen Stoß gegen die Brust, daß dieser hintüber zu Boden stürzte. Dann eilte der Gefangene mit Windeseile die Treppen hinunter, verfolgt von mehreren Gerichtsdienern. Der Flüchtling hatte aber so viel Vorsprung, daß er den großen Kellergang, der sich unter dem Gebäude befindet und der die Heizungs- und Maschinenanlagen enthält, erreichen konnte. In der Mitte des nördlichen Flügels befindet sich ein Ausgang, durch den der Flüchtling das Freie zu gewinnen trachtete, er mußte aber davon Abstand nehmen, da ein Beamter vor der Thür stand. Weiter ging die wilde Jagd durch den Wandelgang, der am Haupteingang des Gebäudes vorüberführt. Der Gefangene hatte beinahe den Ausgang erreicht, er wandte den alten Kniff an, gleich den Verfolgern, die ihm auf den Fersen waren, zu rufen: „Halt ihn! Halt ihn!“ Der Gerichtsdiener Dubinski, der am Eingange stand, ließ sich aber nicht irre führen, er stellte den Fliehenden mit nerviger Faust und überlieferte ihn den Verfolgern. Der Gerichtsdiener Tschoske, der von dem Gefangenen zu Boden gestoßen worden war, erlitt bei dem Fall einen Armbruch, er mußte das Krankenhaus aufsuchen.

Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Heimarbeiter in Berlin. Wie der Oberpräsident der Provinz Brandenburg dem Generalsekretariat der freien kirchlich-socialen Konferenz mitteilt, wird die Ortshaltung der Stadt Berlin über die Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf die Hausgewerbetreibenden voraussichtlich bald in Kraft treten. Zeit würde es auch!

Ein schrecklicher Unglücksfall beim Rangieren trug sich in der vergangenen Nacht auf dem Lehrter Güterbahnhof an der Heidestraße zu. Dort war der seit drei Jahren in Dienst stehende Rangierer Emil Feist aus der Kronprinzenstraße zu Friedrichsberg mit dem Zusammenstellen eines Güterzuges beschäftigt. Als er um 11 1/2 Uhr einen Wagen an einen andern angekuppelt hatte und den Zug verließ, wandte er einem Wagen, der sich auf dem Nebengleise bewegte, den Rücken zu. Der Wagen sahte ihn, warf ihn um und quetschte ihm beide Beine ab, so daß sie nur noch lose an den oberen Teilen hingen. Der Verunglückte wurde sofort in ein Krankenhaus gebracht, wo man noch in der Nacht beide Beine abnehmen mußte. Trotz des starken Blutverlustes lebte der Unglückliche, der verheiratet und Vater von drei Kindern ist, gestern noch. Derartige schwere Unfälle, die durchweg mit dem Tode der Verunglückten enden, sind auf den Berliner Bahnhöfen auffallend häufig. Sollten sie etwa mit der Ueberanstrengung der Arbeiter zusammenhängen, deren Ursachen wir gestern mitgeteilt haben?

Der Brand in der Greifswaderstraße auf den Diebstählen Lagerplätzen beschäftigte unsere Böschmannschaften die ganze Nacht hindurch bis zum heutigen Morgen gegen 9 Uhr, bis zu welcher Zeit ein Dampfprügeln auf der Brandstätte zurückblieb. Aus den gewaltigen Holzstapeln schlugen auch jetzt noch von Zeit zu Zeit Flammen empor, die bei den Aufräumungsarbeiten mit einer vom Hydranten gespeisten Schlauchleitung gelöscht werden. Bezüglich der Entstehungsurache des Brandes ist noch nichts Sicheres bekannt.

Eine Bestandsliste gegen die Erhöhung der Getreidezölle ist gestern vormittag beim Einsammeln der Unterschriften in der Rehnertstraße verloren gegangen. Die Liste ist bis auf circa 40 Namen (ausgestellt vom Hause Rehnertstr. 7) bereits ausgefüllt. Der Finder dieser Liste wird gebeten, selbige an H. Wischnowski, Rehnertstr. 6, abzugeben.

Von der Jagd in den bayerischen Alpen ist der Ingenieur Brandes aus Berlin, der bei der hiesigen Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft angestellt ist, abgezogen. V. veranstaltete seit einiger Zeit im Auftrage seiner Firma bezw. der königlichen Generaldirektion in München in Gemeinschaft mit dem Meteorologen des Jagdgesellschafts Regier Geruche mit der drahtlosen Telegraphie zwischen Jagdtypen und Gabel. Als nun beide Herren eine Traversierung von der Jagdtypen-Spize zur Riffelwand-Spize unternahm, stürzte Brandes nach vollbrachter Arbeit plötzlich über den Felsen in das Höllenthal ab. Eine Führer-Expedition, welche alsbald zur Aufsuchung des Verunglückten aufbrach, fand nach vielen Mühen die schrecklich zugerichtete Leiche. Nach der unter schwierigen Verhältnissen erfolgten Bergung wurde sie nach der Leichenhalle in Garmisch gebracht.

Das Studium des Berliner Nachtlebens ist einem holländischen Kaufmann J. ziemlich teuer zu stehen gekommen, obgleich er damit nicht weit gekommen war, vielmehr sich noch bei der Einleitung befand. Hierher gekommen, um Geschäftsverbindlichkeiten zu lösen, hatte er seine Börse mit Wertpapieren und Bargeld wohlgepflegt. Trotzdem trug er sie frei in Gestalt einer braunledernen Brieftasche im offenen Jodett. Als er nun mit einem Freunde, einem hiesigen Kaufmann, auf das Studium des Nachtlebens ausging, wurde er bald sein Geld los. Die beiden Herren waren in der Friedrichstraße bis zur Mittelstraße gekommen und blieben hier etwas stehen, um Beobachtungen anzustellen. Da kam ein Automobil über den Damm gefahren. Aufmerksam im höchsten Grade erschrocken, sprang eine sehr gekleidete Dame dem fauchenden Ungetüm aus dem Wege dicht an den Holländer heran, schimpfte weiblich auf die ungezogenen Kraftwagenführer und fragte dann den Herrn, ob er nicht auch ihrer Meinung sei. Befriedigt, daß ihre Frage bejaht wurde, ging sie anscheinend wieder beruhigt von dannen. Das alles hatte nur einen Augenblick gedauert. Die Dame hatte aber dennoch Zeit gehabt, dem Holländer die wohlgefüllte Brieftasche aus dem Jodett herabzuwerfen. Erst in einem Kaffeehaus nahm der Bestohlene seinen Verlust wahr und zeigte ihn der Kriminalpolizei an.

Einen Selbstmordversuch beging vorgestern abend der Reglements-Assessor A. Dr. jur. Richard Leist, Studikus des A. Schaaffhausenschen Bankvereins, indem er sich in seinem Bureau im Bankinstitut eine Kugel in den Kopf schoß. Schwer verletzt wurde er nach einem Krankenhause überführt, wo an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Der Grund zu dieser That ist in einer nervösen Ueberreizung zu suchen, die durch ein älteres schweres Ohrenleiden entstanden und durch Krankheit in seiner Familie ge-

steigert worden ist. Mit den geschäftlichen Interessen des A. Schaff-
hause'schen Bankvereins hat der Vorstand keinerlei Zusammenhang;
Dr. Leitz fungierte lediglich als juristischer Beirat und stand mit den
laufenden Geschäften in keiner Verbindung. — Selbstmord
beging der Leiter der Deutschen Cognacgesellschaft Wesser, indem
er sich erschoss. Die That wird mit angeblichen Zahlungsschwierig-
keiten der Gesellschaft in Verbindung gebracht; nach einer anderen
Version hat W. in einem Augenblick geistiger Ummantelung Hand an
sich gelegt. Genaueres über den Sachverhalt war trotz näherer
Recherchen gegenwärtig nicht zu erfahren.

Aus den Nachbarorten.

Die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung
erledigte am Mittwoch, in der ersten Sitzung nach den Ferien, nicht
weniger als 28 Vorlagen. Die wichtigste davon ist der betreffende
Anlauf des der Luisenpark-Gemeinde gehörigen Grundstücks und
Bebauung eines Teiles desselben mit Arbeiterwohnungen. Fast neun
Monate hindurch hat die gemischte Deputation über die Frage der
Beschaffung von Wohnungen für die minderbegüterten Klassen be-
raten; nach allen Seiten hin hat sie reiflich erwogen, welche Maß-
nahmen zur Verringerung des Wohnungsnot zu ergreifen sind. Ihre
positiven Vorschläge, über die wir früher bereits eingehend berichtet
haben, gipfeln darin, daß die Stadt in erster Reihe für die
eigenen Arbeiter und Beamten, in zweiter Reihe für andere
Arbeiter Wohnungen bauen soll. Von dem Bau in eigener
Regie ist Abstand genommen und statt dessen mit der
Berliner Bauvereinsgesellschaft ein Vertrag geschlossen worden. Für die
Errichtung der Wohnungen hat die Deputation das der Luisen-
park-Gemeinde gehörige Grundstück an der Sophie-Charlotten-
straße in Aussicht genommen und einstimmig dessen Ankauf
empfohlen. Man hätte erwarten können, daß die Stadtverordneten-
Versammlung die in den Beschlüssen der gemischten Deputation
wurzelnde Vorlage des Magistrats ohne Ausschüßberatung annehmen
würde, um so mehr, da nach den statistischen Daten der Mangel an
kleinen Wohnungen in Charlottenburg fortwährend im Zunehmen
begriffen ist. Trotz der von Monat zu Monat steigenden
Wohnungsnot aber hat die Mehrheit der Stadtverordneten-Versam-
mlung es mit der Ergreifung positiver Maßnahmen durchaus
nicht so eilig. Auf Antrag des Stadtv. Gleim wurde die Vorlage
nochmals einem Ausschüß von 15 Mitgliedern zur Vorberatung über-
wiesen. Namens der Sozialdemokraten erklärte Stadtv. Hirsch die
Ueberweisung an einen Ausschüß nach den langwierigen Beratungen
der gemischten Deputation für überflüssig. Das Zustande-

kommen einer Wohnungsreform werde dadurch wieder auf
die lange Bank geschoben und das Ergebnis werde
höchstens eine Verzögerung der Magistratsvorlage sein. Wenn
auch die Vorlage keineswegs allen berechtigten Anforderungen
entspreche, so sei damit doch der erste Schritt zur Verringerung der
Wohnungsnot getan.

Eine längere Debatte rief der dringliche Antrag der Social-
demokraten hervor, auf Kosten der Stadt je einen Arbeitgeber-
und Arbeitnehmer-Beisitzer des Gewerbegerichts zu der Verbands-Ver-
sammlung des Verbandes deutscher Gewerbevereine nach Albed zu
entsenden und die erforderlichen Mittel dem Dispositionsfonds
zu entnehmen. Stadtv. Baake wies in seiner eingehenden
Begründung auf die Bedeutung der Verbandsversammlung hin.
Bürgermeister Rattig bekämpfte den Antrag mit der seltenen
Motivierung, daß nur juristisch gebildete Personen den Verhand-
lungen in Lübeck zu folgen im Stande seien. Laien jedoch nur zu
leicht zu falschen Auffassungen kommen würden. Nachdem Stadtv.
Baake diesen Einwand entkräftet hatte, gelangte der Antrag, für
den sich die Führer aller Fraktionen aussprachen, zur Annahme.

**Die häßliche Angewohnheit des Gerabruschens vom Treppens-
geländer hat die eifrigste Leiter des Metallhändlers M. in der
Hohenfriedbergstraße in Schöneberg schwer zu Schaden gebracht.
Mit ansehnlichem inneren Verletzungen mußte das Kind nach einem
Krankenhauf gebracht werden.**

Marktpreise von Berlin am 4. September 1901

nach Ermittlungen des fgl. Polizeipräsidenten.

Weizen, gut D. Alt.	—	—	—	—	—
„ mittel	—	—	—	—	—
„ gering	—	—	—	—	—
† Roggen, gut	13,00	13,88	—	—	—
„ mittel	13,86	13,84	—	—	—
„ gering	13,82	13,80	—	—	—
* Gerste, gut	14,80	14,20	—	—	—
„ mittel	14,10	13,50	—	—	—
„ gering	13,40	12,80	—	—	—
* Hafer, gut	16,30	15,40	—	—	—
„ mittel	15,30	14,50	—	—	—
„ gering	14,40	13,60	—	—	—
Wasserschrot	7,10	6,60	—	—	—
„ fein	8,00	5,50	—	—	—
„ grob	40	35	—	—	—
„ feinst	45	35	—	—	—
„ ungen.	65	30	—	—	—
Barfloss, neue, D. Alt.	3,50	5	—	—	—
Winkelfisch, Rente 1 kg	1,70	1,20	—	—	—
„ do. Bauch	1,20	1	—	—	—
Schweinefleisch	1,60	1,20	—	—	—
Kalbfleisch	1,60	1,10	—	—	—
Hammfleisch	1,60	1,10	—	—	—
Butter	2,80	2	—	—	—
Eier 60 Stück	4,40	2,40	—	—	—
Karpfen 1 kg	2,40	1,20	—	—	—
Kais	2,60	1,20	—	—	—
Handes	2,60	1,20	—	—	—
Hedde	2,20	1,20	—	—	—
Barfloss	1,80	0,80	—	—	—
Schweine	2,40	1,20	—	—	—
Wiese	1,40	0,80	—	—	—
Krebse per Scho.	16	2,50	—	—	—

†) 100 Bohn. *) Drei Wagen und ab Bahn.

Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler (Homburg III).
Schmiedliche Ordnermaltungen von Berlin und Umgegend versammeln sich
heute abend 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus (Saal 8).

Witterungsübersicht vom 5. September 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. 10° C. = 50° F.	Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. 10° C. = 50° F.
Schwetznitz	766,0	3	Wolklos	12	12	Bayreuth	760,0	Still	—	bedeckt	8
Damberg	764,0	3	Wolklos	10	10	Bielefeld	760,0	—	—	—	—
Berlin	763,0	4	St. bed.	10	10	Kort	756,0	St. bed.	—	Wolklos	14
Krausl. M.	757,0	4	bedekt	9	9	Aberdeen	759,0	—	—	—	—
München	756,0	4	bedekt	9	9	Paris	759,0	—	—	Wolklos	9
Wien	758,0	2	Regen	9	9						

Wetter-Prognose für Freitag, den 6. September 1901.
Mild und vorwiegend trübe mit Regenschauern und ziemlich frischen nörd-
lichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Zurechnung findet am Dienstag, Donner-
stag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.
Schweizer. Bedel ist zur Zeit in der Schweiz.
Frage. Beide Städte annehmen gleich. B. also größer als Sie an-
nehmen nach der letzten Eingekundung von Sororten. Sie gingen also
beide von falschen Voraussetzungen aus.
P. J. Das große Gienabaja-Anglist im Steglitz war am 2. Sep-
tember 1883.
Golfer. 13. Der Stadt steht das Erbrecht an dem Nachlaß dessen
zu, der bis an sein Lebensende unterthätig ist. — P. 1000. Das wäre
guter Wille der Gesellschaft, falls das Vertragsverhältnis zum 1. Oktober
gelöst ist. — P. 23. Ja, Sie können aber bei der Steuerdeputation
Nachlaß beantragen. — H. W. Solch einen Berlin gibt es nicht.
Siehe jetzt legen Sie dar, welche Frage Sie beantwortet haben wollen.
— P. 178. D. Dem Richter steht das Recht nicht zu, ein Nachlernen
zu verlangen. — C. S. Velen. Ja. — P. 100. Taxen nach der
Richtung gibt es nicht. — G. W. 1. Die neue Portotaxe gilt seit dem 1. April 1900.
2. Die Gehaltsliste aller Offiziere und die Vorschriften über die Pensionen
als eine in anzufragen, würde zu weit führen. — H. S. Das ist möglich.
P. D. Puchwalde. Reim. — H. S. W. Der Gemeindevorsteher ist
im Recht. Die Einlegung der Berufung gegen eine Steuerveranlagung hält
die Einlegung der Steuer nicht auf. Wird der Berufung fallgelassen, so
wird die Steuer zurückgezahlt. — P. S. Die Verhältnisse der Reichsbank
sind durch besonderes Gesetz geregelt. Sie steht unter Aufsicht und
Einfluß des Reiches, ist aber keine staatliche Anstalt. — B. Reim.

Nur den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Theater.

Freitag, 6. September.
Opernhaus. Das goldene Kreuz.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Der Mevior.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Oper-Theater (Kroll).
Die Fledermaus. Anfang 8 Uhr.
Im Garten-Theater: Lebende
Fleber. Anfang 8 Uhr.
Im Garten: Täglich großes
Konzert.
Schiller. Die Kronprinzen.
Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Die Macht der Finsternis.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Ueber unsre Kraft.
(2. Teil.) Anfang 7 1/2 Uhr.
Leipzig. Hadschmann als Erzähler.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Relieus. Kontinens-Chemänner.
Vorher: Der Kammerjäger. An-
fang 7 1/2 Uhr.
Neues. Das ewig-Weibliche. An-
fang 7 1/2 Uhr.
Wochen. Potiniga. Anfang 7 1/2 Uhr.
Secessionstheater. Buntos Theater:
Ueberdrell. Anf. 8 Uhr.
Central. Die Geisha. Anfang
8 Uhr.
Thalia. Geschlossen.
Zuifen. Die Weibrente. Anfang
8 Uhr.
Curt Weh. Berliner Rangen. An-
fang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches.
Der Zigeunerbaron. Anfang
8 Uhr.
Velle-Rhance. Gekoppeltes
Original-Mündener Ueberdrell.
Anfang 8 Uhr.
Im Garten: Großes Gartenkonzert.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung:
Sahar's doch. Anfang
8 Uhr.
Nipolo. Spezialitäten-Vorstellung:
Kron Luna. Anfang 8 Uhr.
Vossige-Theater. Damen-King-
Kampfe. Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang nachmittags 5 Uhr.
Vossige-Panoptikum. Spezialität-
liche-Vorstellung.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Anfang 8 Uhr.
Hronia. Zauberer. 48/19. (Im
Theateraal.) Abends 8 Uhr.
„Aus dem Tagebuch der Erde.“
Invalldenstraße 57/62.
Täglich abends von 6-10 Uhr:
Sternwarte.

Central-Theater.

Genie Anfang 8 Uhr zum 740. mal:
Die Geisha.
Operette in 3 Akten v. Sidnes Nord.
Morgen und folgende Tage, Anfang
8 Uhr: **Die Geisha.**
Samstag, 8. September, nachmittags
3 Uhr zu halben Preisen: **Die Geisha.**
Abends 8 Uhr: **Die Geisha.**
Sonntag, 9. September, zum
750. Male: **Die Geisha.**

Carl Weiss-Theater

Große Frankfurterstr. 132.
8 Uhr. Zum 6. Male: 8 Uhr.
Nielen-Erfolg! Nielen-Erfolg!
Berliner Rangen.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr bei sehr
kleinem Preisen (Logen 1.10 M.,
Parquet 60 Pf., Gallerie 30 Pf.).
Das Schloß am Meer.
Roman. Schauspiel in 5 Akten von
C. W. Wolff.

Metropol-Theater.

Schön war's doch!
Grosse Berliner Ausstattungss-
posse mit Gesang und Tanz in
5 Bildern.
Emil Thomas als Gast.
Joseph Josephy a. D.
H. Bender. v. G. Kaiser.
Eise de Veré a. D.
Frid Frid. F. Georgette.
Gastspiel:
Saharet.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Apollo-Theater.

10 Spezialitäten.
Grandel. * Steidl.
Frau Luna
Luftballett Grigolatis.
Anfang 8 Uhr.

Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauer Brücke 3.
Vornehmstes Vergnügungsort
Sehenswürdigkeit Berlins!!!
In den alten grossen wunderbar
dekorierten Stadtbahnhöfen
täglich **Internationale**
Konzerte.
Spezialitäten-Vorstellung
von nur erstklassigen Kräften!
Special-Ausschank der Berliner
Bockbrauerei.
Vorzügliche Küche. Gut ge-
pflanzte Biere.
Oekonom Gustav Prellpper.

W. Noack's Festsäle

Brunnenstrasse 16
Ab noch Sonnabende im
Monat September, Oktober, No-
vember zu vergeben. 22173*

Urania

Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Aus dem Tagebuch der Erde.
Invalldenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.

Castans Panopticum.

Friedrichstr. 165.
Neu! Neu! Neu!
Der künstliche Mensch!
Die sensationellste Erfindung der
Neuzeit:
Der „Clou“ der Pariser Welt-
ausstellung.
Vorstellungen: 12 Uhr mitt-
3, 5, 6, 7 Uhr nachmittags.

Zoologischer Garten

Entree 1 Mark.
Ab abends 6 Uhr 50 Pf., Kinder
die Hälfte.
Ab 4 Uhr nachmittags:
Doppel-Konzert.
Gastspiel der Ital. Banda di Palermo.
Dirigent: Maestro R. Giordano.

Thalia-Theater.

Sonntag, den 7. September 1900:
Mit vollst. neuer Ausstattung!
Zum 1. Male:
Ein tolles Geschäft.
Grosse Ausstattungssposse mit Gesang
und Tanz in 4 Bildern von Jean
Fren und Alfred Schönfeld (in voll-
ständig freier Bearbeitung nach Tri-
cotte und Caecot) von Reichard
und Gaten). Musik von J. Gindshofer.
I. Akt: Die Geheimnisse des
Houses d'Olecatara.
II. „ Ein modernes Detektiv-
bureau.
III. „ Saison „Lou Clairon“.
IV. „ Mitten in der Nacht.“
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.

Herrn-Anzüge,

Palazzo n. 104, eleg. Ausföhrung,
aus fertige Garderobe am Vager, liefert
Landbergerstr. 13 prt.
Teilzahlung gestattet.
J. Krenzberg.

II. Wahlkreis.

Berliner Bockbrauerei, Tempelhofer Berg.
Sonntag, den 8. September or.:
Grosses Sommerfest
arrangiert von den
Parteigenossen im 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Vokal- und Instrumental-Konzert
unter Leitung des Herrn E. Voigt und mehrerer Gesangsvereine des
Arbeiter-Sängerbundes, Dirigent: Herr Tietz.
Auftreten des beliebten „Uk-Trio“.
Kinder-Festzug. — Großer Ball. — Bonus zur Stocklaterne
erhalten Kinder am Umgang gratis.
Anfang 4 Uhr.
Eintritt 30 Pf. Im Vorverkauf in den bekannten Stellen 20 Pf.
Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr an geöffnet. 210,7*
Um recht zahlreichen Besuch eruchen
Die Vertrauensleute.

W. Noacks Theater.

Vormittags 10.
Täglich Konzert, Theater und
Spezialitäten-Vorstellung.
Die Weibchenfee.
Einfache mit Gesang in 2 Bildern von
H. Berthe. Musik von Schmidt.
Im Saale: Tanzkränzen.

Prater-Theater

Kastanien-Allee 7/9.
Täglich:
Auf fremder Erde.
Ausstattungsspiel mit Gesang u. Tanz
in 4 Bildern von Hugo Scharf.
Aufführen der Exzentrisch-Gaunersippe
Hedwig Döring, des Votobauer-
Komiker Paul Coradini, der Fräulein
Dousack, Gigerl, Akrobaten. The
Karleys, Musikalische Komödianten.
Konzert und Ball.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Numerierter Platz 50 Pf.
Kalbo.

Charlottenburg.

H. Schmerberg (1879)*
Wilmersdorfer-Strasse 127,
Uhrmacher und Goldarbeiter.
Großes Lager von Uhren
und Goldwaren zu
äußerst billigen Preisen.
Optische Artikel. Oberlinsen
werden schmerzlos gefächelt.
Telephon Amt 1, No. 502.

Paast-Theater

Im Fern-Dalok, Burgstr. 22.
Direktion: Winkler u. Fröbel.
Sonntag, 7. September 1901
Große
Größnungs-Vorstellung.
Durchweg neues hochinteressantes
überaus reiches Programm.
Aufführen des Direktors
Wilhelm Fröbel nach
seiner Wiedereingung als Dienst-
mann Kolar in der Gesangsposse
Rosemontag
Anfang der Vorstellung prächtig
8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.
Vorverkauf 11-1 Uhr.

Große Betten 12 M.

(Oberbett, Unterbett, zwei Kissen) mit
geringsten neu in Federn bei
Garten- u. Park-Berlin S. V. Preis-
karte 46. Preisliste fordern. Viele
Anerkennungsschreiben.
295b*)

G. Rabes Gesellschaftshaus, Fichtestrasse 29.

Empfehle meine neu renovierten Säle zu Berlin- und Privat-Fest-
lichkeiten. — Auch sind noch einige Sonnabende und Sonntage in diesem
1901*
Charlottenburg, Friedbergstr. 19.
Wir empfehlen unser neu eröffnetes Weiss- u. Bayerisch-Bier-
Lokal. Bereinigtimmer zu vergeben.
Carl Klein. Carl Gieseler.

Centralverband der Tapezierer

und verio. Berufsgenossen
Deutschlands.
Jahrestelle Charlottenburg.
Nachruf.
Am Freitag, den 30. Aug., verstarb
nach langem Leiden unser lang-
jähriges Mitglied, der Tapezierer
Theodor Dröse.
Ehre seinem Andenken.

Dankagung.

Allen Verwandten, Freunden und
Bekanntem, insbesondere auch dem
Socialdemokratischen Wahlverein für den
4. Berliner Reichstagswahlkreis,
sowie dem „Stuttig-Extr.“ für die
zahlreichen Kranzspenden und die
freundliche Teilnahme bei der Be-
erdigung, meines innig geliebten
Rannes, unfred guten Vaters,
Schwiegervaters und Großvaters,
unsern aufrichtigsten Dank. 295b
Witwe Notas nicht Angehörigen.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.
Täglich:
Garten oder Saal:
Hoffmanns-
Nordd. Sänger
Montag, 9. September:
Benefiz.

Arbeiter-Kadjaer-Berein

„Berlin“.
Sonntag, den 8. September, nach
Kirchgarten (Kellers Hof),
Katerbummel. Start: 1 1/2 Uhr an
der Schließigen Brücke. 12/20

Bruch- u. Salonbrille

(sowie sämtliche anderen Brenn-
materialien) sind billig zu haben bei
Carl Schultz,
Hardenstr. 171.
295b*)

Honig!

Oldenb. Bienenhonig,
beste Qualität, per
Sendet 6 Wd. netto zu
6,75 M., 5 Wd. netto
zu 4,30 M. fr. Nachn. Gar. Zurückn.
E. Reil,
Nordloh,
Bahnhof Augustbahn,
Oldenburg. [2212b*]

Wer schnell und zu constanten

Bedingungen
22500*
Geld!
Darlehen oder Hypothek (sich
verleihen unter Adressen-Ver-
zeichnis privater Geldver-
leihern, Maxler, H. Bittner
& Co., Hannover-Z.

36 Mark

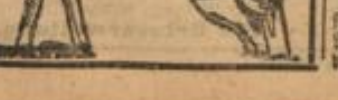
elegante Winter-Paletots.
30 Mark
hochfeine Herren-Anzüge.
12 Mark 2206L*
schwere Winter-Beinkleider.
Ausfertigung nur nach Maß.
Guter Stoff, toller Preis
14 Krausenstr. 14,
1 Tr. kein Laden 1 Tr

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Freitagabend 8 Uhr:
Die Kronprinzen.
Historisches Schauspiel in 5 Akten
von Henrik Ibsen. Uebersetzt von Adolf
Strodtmann. (Text der Gesamt-
ausgabe.)
Sonntagabend 8 Uhr:
Das Gefängnis.
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Maria Stuart.
Sonntagabend 8 Uhr:
Der Herr Senator.

Reichshallen.

Deute sowie täglich:
Gummist. Solire der
Stettiner Sänger.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.



A. JANDORF & Co.

Spittelmarkt 16-17
Ecke Leipzigerstrasse.

Belle Alliancestrasse 1-2
Am Blücherplatz.

Gr. Frankfurterstr. 113
Ecke Andreasstrasse.

Aus der Abtheilung Corsets:

Frack-Corsets

bilden unter der eleganten Damenwelt bei Erörterung der Toilettefragen gegenwärtig das allgemeine Gesprächsthema.

„Keine corpulente Dame wird bei Anschaffung neuer Costüme versäumen, es sich anzuschaffen“

„Frack-Corsets“ beseitigen starken Leib und starke Hüften besser als jede andere existierende Vorrichtung.

„Frack-Corsets“ verlängern die Taille wesentlich und geben jugendschöne graziöse Figur

„Frack-Corsets“ verursachen keinerlei Druck, weil sie über dem Magen ganz gerade und hohl gearbeitet sind. Deswegen werden

„Frack-Corsets“ von sachverständigen Aerzten auch als wirklich gut befunden und empfohlen.

Frack-Corsets in unal grau Stück M. 3.50, Frack-Corsets in geblümt Stück M. 4.75.



Frack-Corset



Effect des Frack-Corsets auf die Figur

Verband der Sattler und verw. Gewerbe. Mitglieder-Versammlungen.

- Zentrale 1:** Sonnabend, den 7. September, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Hof, Neue Poststraße 3.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Link** über: Gewerkschaften und das Unternehmertum. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 157/14
- Zentrale 2:** Sonnabend, den 7. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Busse, Grenadierstraße 33.
- Zentrale 3:** Dienstag, den 10. September, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal VII.
- Zentrale 4:** Sonnabend, den 7. September, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal I.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Emil Rosenow** über: Der deutsche Bauernkrieg von 1525. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Zahlreichen Besuch erwarten. **Die Vorstände.**
NB. Sonntag, den 10. September: Uranianvorstellung „Aus dem Tagebuch der Erde“. Besichtigung der Erde 4 Uhr, Anfang der Vorstellung 5 Uhr. Billets a 60 Pf. sind in allen Versammlungen zu haben.
Sonnabend, den 12. Oktober, im Gewerkschaftshaus (Gefamtränke): **13. Stiftungsfest.** Zahlreichen Besuch erwartet. Das Vergnügungskomitee.

Berein der Bauanschläger Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 8. September, vormittags 10 1/2 Uhr:
Versammlung
im Gewerkschaftshaus, Saal I, Engel-Ufer 15.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über das Krankentafel-Gesetz. 2. Diskussion über unsere Streit. 3. Verschiedenes. 34/15
Mitgliedkarte legitimiert. — Mitglieder werden aufgenommen.
Die Mitgliedschaft der Untoten bei der Dampferpartie findet bis 11 Uhr statt. Der Vorstand.

Achtung! Rabitzspanner u. Träger.

Sonntag, 8. September, vorm. 10 Uhr, bei Herrn **Jannaschk**, Zuleiterstr. 10:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht von der letzten Rabitzspanner-Konferenz. 2. Unser Arbeitsnachweis. 3. Gewerkschaftliches und Verschiedenes. Zahlreichen und pünktlichen Erscheinen erwartet. 2958
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Bauhandwerker u. Bauarbeiter aus dem Wahlkreis Guben-Lübben.

Hiermit laden Unterzeichnete alle aus obigem Wahlkreis in Berlin arbeitenden Maurer, Zimmerleute und Bauarbeiter zu einer wichtigen Versammlung am **Montag, den 9. September, abends 8 Uhr**, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal II, ein. 288/9
Mit Parteigrüß
Ernst Hähnenchen, Guben. Franz Kotske, Berlin.

Tischler-Verein zu Berlin.

Sonntag, 7. Septbr., abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstr. 15:
Versammlung.
Tages-Ordnung: Vereinsangelegenheiten. Aufnahme neuer Mitglieder. Unter diesjähriges (30.) Stiftungsfest findet Sonnabend, den 6. Oktober in „Sansonci“, Kottbuserstr. 4a, statt, bestehend in humoristischer Soiree der Hoffmannschen Norddeutschen Sängers und Ball. Billets a 30 Pf. sind in der Versammlung und bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern zu haben. Regem Besuch sieht entgegen Der Vorstand.

Achtung! Bauarbeiter. Achtung!

Mitglieder des Verbandes der Bau-, Erd- und gewerblicher Hilfsarbeiter Deutschlands (Zahlstelle Berlin III).
Am Sonntag, den 8. September, vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokal **Zimmermann, Badstr. 58:**
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Wiesenthal** über: Die gegenwärtige Lage der Arbeiter. 2. Diskussion. 3. Berichterstattung von der Rabitzspanner-Konferenz. 4. Diskussion, Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Zur Vermeidung von Störungen in der Justizung des Organs ist bei Wohnungswechsel die neue Wohnung sofort dem Kassierer **H. Stephan**, Schulstraße 106, mitzuteilen. — Zugleich werden die Kollegen, welche noch im Besitz von Billets vom letzten Vergangenen sind, hiermit aufgefordert, abzurechnen. 43/16
Die Ortsverwaltung.

Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Zahlstelle Berlin I.
Sonntag, den 8. September er., vormittags 10 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
in **Graumanns Festalen, Raunynstraße 27.**
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. Referent: Genosse **Schlegel**. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom Stiftungsfest. 4. Verbandsangelegenheiten. 43/6
Zahlreichen Besuch erwartet. **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Sitzung der Orts-Verwaltung.
Achtung, Einseher!
Sonntag, den 8. September, finden die **Bezirksitzungen** in den bekannten Lokalen vormittags von 10-12 Uhr statt.
Die Kommission. 108/10

Achtung, Rabitzspanner!

Sonntag, den 8. September, vormittags 10 Uhr, bei **Patt**, Dragonerstraße Nr. 15:
Mitglieder-Versammlung
der **Freien Vereinigung der Rabitzspanner Berlins.**
Tages-Ordnung:
1. Was lehrt uns die Vokalorganisation? Referent Genosse **Georg Mohrke**. 2. Neuwahl einzelner Vorstandsmitglieder. 3. Gewerkschaftliches und Verschiedenes. Etwaige Interessenten sind dazu eingeladen. Der Vorstand, **J. B.: Franz Moyn.**

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Berlin“.

Sonabend, den 7. September,
Feier des 8. Stiftungsfestes
in „**Stecherts Festalen**“, Andreasstraße 21
Bestehend in Reigenführn, lebenden Bildern, Vorträgen und Ball. Anfang präzis 1/9 Uhr. Anfang präzis 1/9 Uhr.
Hierzu laden wir alle Freunde und Gönner des Vereines freundlich ein.
J. B.: Das Komitee. 12/19

Boykottfreier Nordhäuser Kautabak
von **Grimm & Triepel, Nordhausen,**
heißt frisch zu billigen Preisen bei [21632]
H. & P. Uder, Berlin SO., Engel-Ufer 5, parterre,
Tabak-Großhandlung und Cigaretten-Fabrik.
Nur echt, wenn jedes Röllchen den Zettel: „Aus der Fabrik von Grimm & Triepel, Nordhausen“, trägt.

Möbel-Fabrik u. Lager kompletter Wohnungs-Einrichtungen
zu Fabrikpreisen — Eigne Werkstätten — empfiehlt
Julius Apelt, Skalitzerstr. 6, am Kottbuser Thor. [2112L]

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.
Verkaufe geräumiges Lokal, kleiner Saal, Vereinszimmer, Regalbau, billigst sofort, Schützenstraße 18.
Wangbares Vorkost- und Gemüsegeschäft billig zu verkaufen. Wilmersdorf, Bruchsalstraße 15. 1946
Gardinenschneiderei Große Frankfurterstraße 9, parterre. 1377
Vorjährige elegante Herrenanzüge und Sommerpaletots aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21/11.
Einlegungs-Stühle, sowie Herren-, Damen- und Kinderstühle, laßt man billig und gut beim Schuhmachermeister **Josef Gae**, Mohrenstraße 23. Jede Schuhmacherarbeit wird schnell ausgeführt. 809/2
Spottbillig Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Kantonierwaren, Regulatoren verkauft **Veitshaus** Reanderstraße 6. 75/8
Möbelleinrichtung, Kuchenschrank, Spottbillig verkauft, Gartenstraße 148, Vorderhaus 1 Treppen links. 1135

Nähmaschinenlager sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Woche 1,00 Lieferung sofort, Landbergstraße 82
Teppiche mit Vorhängen, Kamindecken, große Frankfurterstraße 9, parterre. 1377
Kinderwagen, Spornwagen, Kleinauswahl, Bazar Baby, Jannalidenstraße 100, Frankfurterstraße 115, Cronenstraße 31, Belle-Alliancestraße 107, Kleinendörferstraße 24, e, Ghorlottenburg, Wilmersdorferstraße Nr. 56. Teilzahlung gestattet. 7228
Nähmaschinen und Feuer-Versicherung vermittelt **Gustav Schmidt**, Solmsstraße 43, Hof Keller. 8576
Kolonialwaren, Döf, Gemüse, Kasse ist frankfurterhalber billig zu verkaufen **Hogauerstraße 31**. 9926
Fahrräder, verfallene, Markenräder, gebraucht, neue, bekanntlich konkurrenzlos billigste **Häber-Dezouille** Berlin. Winterpreise. Verkauf Neue Schönhauserstr. 11. 1117/11
Restauration verkauft, Pianino, Billard, 1600 Mark. Brauerei hilft. Näheres **Kasselerstraße 24** bei **Hint**.
Junge Kanarienhähne verkauft netzgebilber **Kalkowdt, O., Friedrichs-Kalstraße 26**. 1116

Steyppdecken billigst **Häber** Große Frankfurterstraße 9, parterre. 1377
Vermischte Anzeigen.
Patentanwalt **Dammann**, Moritzplatz 57, Kaufamt bis abends 7672
Unfallfassen, Klagen, Eingaben, Reklamationen. **Dagge**, Steglitzerstraße 65. 1405
Rechtsbureau, Rechtsfälle, Kartierung **Andreasstraße** deulundschy.
Von 25 Mark an liefert **Angus** und **Paletot** nach Maß. **Wer** **Stoff** hat, liefert ich für **15. B. Sewlowitz**, Schneidermeister, Kitzanderstraße 220.
Kugelhahn, Köpferstraße 60
Bäder jeder Art für sämtliche Krankheitsfälle. 7368
Achtung! **Bernau** **Schäfte**, Schwedlerstraße 23/24. Sonnabende an Vereine zu vergeben. Bitte zu Hochzeiten und Festlichkeiten jeder Art. **Contante** Bedingungen. 7878
Vereinszimmer mit Piano zu vergeben, passend für **Zahlstelle**. **Rudolf Juran**, Raunynstraße 88. *

Verbandszimmer mit Piano **Wanteufelstraße 49**.
Drei **Vereinszimmer**, **Regelbau**, auch zum **Arbeitsnachweis**, empfiehlt **Pinger**, Schützenstraße 18. 275b
50 Pfennige! **Stellungsfache**, **Unfallfassen!** **Rechtsfassen**, **Kartierungen!** **Vintenstraße 36**. 291b
Vereinszimmer mit Piano zu vergeben, passend für **Zahlstelle**. **Eduard Stimpel**, Briesenerstraße 6.
Schlafstelle, Oktober, Herren, **Wangelstraße 12**, vorn I, **Brau** **Ruf**. 78
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Blinder **Stahlflechter** bittet um Arbeit. **Stühle** werden zu den billigsten Preisen geflochten, werden abgeholt und unentgeltlich zurück geliefert. **Adresse:** **Kulandstraße 27**, **H. Gläfer**.
Wald oder **Heinemaschelle**, eventuell **Kaufmann** im **Restaurant** sucht **Frau** **Waldsta**, **Perlebergerstraße 14**, vorn IV. 776
Stellenangebote.
Stabierpieler **Kaum** **Tanzsaal** übernehmen **Friedrichsberg**, **Stierstr.** **41**. 2945
Musikschlinge unter den denkbar günstigsten Bedingungen (kein **Vergeß**) werden jederzeit eingestellt. **Näheres** **Horn**, **Kottbuserstraße 21a**.
Zu **Arbeitsmarkt** durch **besonderen** **Text** **herausgehobene** **Anzeigen** **kosten** **10 Pf.** **pro** **Zeile**
Del. Schriftsteller, akademisch geb., **frei-literar.** **tätig**, **sucht**
stenographische **Referate**
zu übernehmen. **Offerten** **unter** **E. 3** **an** **die** **Expd.** **des** **„Vorwärts“**.
Belz-Färber
haben sofort gute **Beschäftigung**
Soldin & Sommerfeld,
2905* **Holzmarktstraße 21**.
Achtung, Korbmacher!
In der **Korbwaren-Fabrik** von **Schmidt & Co., Treddenerstraße 81**, befinden sich sämtliche **Korbmacher** wegen **Preisdifferenzen** auf **Abfertigung** im **Streit**.
Zuzug ist **freuz** **fernzuhalten**.
Die Ortsverwaltung.